

Lübecker Volksbote.

Organ für die Interessen der werththätigen Bevölkerung.

Fernsprecher Nr. 926.]

Mit der illustrierten Sonntagsbeilage „Die Neue Welt“.

[Fernsprecher Nr. 926.]

Der „Lübecker Volksbote“ erscheint täglich abends (außer an Sonn- und Festtagen) mit dem Datum des folgenden Tages und ist durch die Expedition, Johannisstraße Nr. 50/52, und die Post zu beziehen. — Preis vierteljährlich M. 2.00, monatlich 70 Pfg. — Postzeitungsliste Nr. 4069a, sechster Nachtrag.

Die Anzeigengebühr beträgt für die viergespaltene Zeile oder deren Raum 20 Pfg., für Versammlungs-, Arbeits- und Wohnungs-Anzeigen nur 10 Pfg., auswärtige Anzeigen 30 Pfg. — Inserate für die nächste Nummer müssen bis 9 Uhr vormittags, größere tags vorher, in der Expedition abgegeben werden.

Nr. 227.

Sonnabend, den 29. September 1906.

13. Jahrg.

Hierzu zwei Beilagen.

Breslau.

Eine abgehauene Hand, 64 Monate Gefängnis und mehrere kleine Strafen — das ist der Ausklang der Breslauer Straßentragedie. Trotz dieser schweren Folgen für einzelne ziehen wir Lehren und Kraft aus dem, was uns auch die Breslauer Kravalle und ihr gerichtliches Nachspiel mit nichts verschleiender Deutlichkeit wieder offenbart haben. Daß wir sämtlich in einem Klassenstaat leben, dessen Institutionen sich unter anderen Nebenbeschäftigungen auch die eine, hehrste Aufgabe gestellt haben: Wahrung der kapitalistischen Interessen! Und das mit Nachdruck. Nach Dresden ein Breslau, nach Breslau ein Nürnberg! Überall ist die Polizeipolizei geübt worden für das am Geldsack bedrückte Unternehmertum und gegen die Arbeiterbewegung, und die Justiz rächte nachträglich noch einmal den erschrockenen Kapitalisten an Deuten, die Polizeifelle aus der aufgeregten Menge herausgerissen hatten. Dresden, Breslau, Nürnberg, die blutigen Vorgänge der letzten Erscheinungen sind uns von symptomatischer Bedeutung. Sie bedeuten uns die Verschärfung der Klassengegenätze, die immer tiefer werdende Kluft zwischen Arbeit und Kapital. Überall das gleiche Grundübel, der gleiche Grundklang und Ausklang in schieflicher Dissonanz, der bei jeder folgenden Wiederholung nur noch greller klingt.

Auch das hochnotpeinliche, sieben tägliche Verhör vor dem Breslauer Richterlich hat nicht ergeben, daß die Breslauer Arbeiterbewegung „eine Zusammenrottung Inzenten“ hätte. Die Kravalle haben sich entwickelt aus einem Fall, wie er in unserem Klassenstaate bei der kleinsten Lohnbewegung immer gegeben sein wird: Ausgesperrte Arbeiter versuchen von ihrem Koalitionsrechte ungehinderten Gebrauch zu machen, eine gewalttätige Unternehmung schreit nach der Polizeipolizei, der Unwille der Bevölkerung wächst — Streikbrecher, „Belästigungen“, erregte Ansammlungen, auf die sich dann nervös gewachte Polizeimänner blindwütig stürzen. Auch der Breslauer Gerichtshof mußte sich von Zeugen beistimmen lassen, daß eine Anzahl „Schulleute“ in einigen Straßen gewütet hatte in einer Manier, wie sie auf dem europäischen Kontinente gegenwärtig nur in Rußland beliebt wird. Daß fünf und mehr Polizisten einzelne friedliche Passanten heftig niederschlugen, bis in die Häuser hinein bedrohten, daß einem gänzlich Unbeteiligten noch im Hause hinterrücks die Hand mit dem Säbel abgehauen wurde. Und in dieses polizeiliche Trauerspiel hinein geht der Ruf der verängstigt-aufgehörten Frau: „Gibt es denn keine Gerechtigkeit mehr?!“

64 Monate Gefängnis sollen Leute tragen, die in Wahrung der Interessen ihrer vergewaltigten Arbeitskollegen viel leicht hier und da über die Grenzen des gesetzlich Erlaubten hinausgegangen sind! Gegenüber der Brutalität des Unternehmertums mit der Polizei im Schlepptau sind die den meisten Angeklagten zur Last gelegten Straftaten harmlose Notwehrakte eine in der Ausübung ihrer gesetzlich gewährleisteten Rechte verhinderten Arbeiter. Daß die meisten Strafanklagen wegen geringfügiger Doppalken (Gewerbevergehen) von der Staatsanwaltschaft kombiniert wurden, daß wohl einige Dugend Arbeiter, nicht aber ein einziger Polizist aus der letzten Affäre der schlesischen Hauptstadt gerichtlich abgeurteilt hervorgegangen, bezeugt uns nur wieder die Richtung der Auffassung, die wir vom Klassenstaat und seinen Institutionen haben. . . . Anläßlich der Breslauer Kravalle nahm ein Polizist Gelegenheit, einem harmlosen Menschen die Hand abzuhacken. Gegen den Krüppel sollte ein Strafverfahren eröffnet werden — der uniformierte Gemeingefährliche Handabhaber aber ist unauffindbar! In Breslau mußten mehrere Arbeiter, die in Wahrung ihrer Interessen die Paragraphen mißachtet hatte, eine mehrmonatliche Unterdrückungshaft auskosten — in Nürnberg schoß ein streikbrechender Nordbube einen unbescholtenen Verbandsbeamten nieder und mußte wegen dieser Untat mit seinem Fabrikanten — eine Vergnügungsreise ins Hochgebirge unternehmen . . . !

So sieht deutsche Kultur und Freiheit aus!

Politische Standschau.

Deutschland.

Zur Fleischnot. Von agrarischen und geistverwandten Blättern ist wiederholt betont worden, daß die Aufhebung der Viehsperre keinerlei Verbilligung des Fleisches im Gefolge haben würde, weil die Länder, die für eine Vieheinfuhr in Betracht kommen könnten, selbst höhere Viehpreise hätten. An der Hand der Statistik weiß nun der Reichstagsabgeordnete Götthelm in der „Vib. Corr.“ nach, daß die Marktpreise der Schweine im Ausland wesentlich niedriger notiert werden als bei uns. Sodann führt er fort: Wenn die Einfuhr von Schweinen aus Dänemark oder Holland erlaubt würde, so würde es ein sehr lohnendes Geschäft sein, Schweine von dort zu importieren, was gewiß zu einem Druck auf unsere

enormen Schweinepreise führen müßte. Beide Länder sind auch in der Lage, ganz beträchtliche Posten Schweine am Deutschen Markt abzugeben, die sie jetzt meist auf den englischen Markt bringen; und sie würden ihre Frucht wesentlich verstärken, wenn sie die Sperre hätten, ihre Schweine auf dem deutschen Markt loszuwerden. Die andauernde deutsche Grenzsperrere hat aber zur Einschränkung der Frucht in diesen Ländern wie in noch weit höherem Maße in Rußland und Oesterreich-Ungarn geführt. Letzteres lieferte uns 1894 nicht weniger als 435 594 Schweine und ist jetzt kaum in der Lage, das geringfügige Kontingent auszugeben, das ihm im neuen Handelsvertrag zugesichert ist; das ist die Wirkung unserer zwölfjährigen Grenzsperrere. Genau ebenso liegt es mit Rußland. Frankreich hat ebenfalls viel niedrigere Preise als Deutschland. Die Pariser Wollereien, wie sie die amtliche deutsche Statistik mit 135 8 132,4 und 128 Mark pro Doppelzentner, scheinen allerdings nur wenig niedriger als die von Köln und Mannheim, aber sie beziehen sich auf „Fleischgewicht“, nicht auf „Schlachtweggewicht“, und außerdem sind die Preise im Osten Frankreichs wesentlich niedriger; es vermöchte ebenfalls — wenn auch nur in beschränktem Umfang — Schweine an Deutschland abgeben. Immerhin muß zugegeben werden, daß der Handel an Schweinen in Deutschland durch die Einfuhr aus diesen Ländern wohl gemildert, aber nicht beseitigt werden könnte; um Deutschland einigermaßen mit dem benötigten Fleisch zu versorgen, müßte eben die Einfuhr gekühlten und gefrorenen Fleisches, namentlich auch von Rindfleisch und Hammelfleisch aus den Vereinigten Staaten, Australien und Argentinien gestattet werden; England ermöglicht dadurch seinen weniger bemittelten Klassen eine ausreichende Fleischversorgung. Ebenso müßte die Einfuhr amerikanischer Rindviehes zur sofortigen Abschachtung und die von dänischem und schwedischem ohne die blödsinnige Tuberkulosegegestattet werden. Unendlich oft ist dargelegt worden, daß wir die meisten Schweine aus dem am weitesten entfernten Rußland mit der mangelhaftesten Sanitätskontrolle hereinlassen, und daß wir mit Oesterreich-Ungarn eine Viehsperre-konvention abgeschlossen haben, obgleich es viel mehr Viehsperrenfälle ausweist als die Schweiz, Frankreich, Belgien, Holland, Dänemark, Schweden und Norwegen, und obgleich die Veterinärkontrolle in Galizien, in der Bukowina und in vielen Gebieten der Stepankronen sehr weit zurückgeht hinter der der genannten Staaten, denen es gelungen ist, die Tierseuchen ganz oder nahezu ganz zu unterdrücken. Die Einfuhr von Rindern aus den Vereinigten Staaten ist verboten worden, weil vor dreizehn Jahren in einer Schiffsladung amerikanischer Dohlen zwei am Texasfieber erkrankte Tiere gefunden wurden; nun ist diese Krankheit aber in unserem Klima gar nicht übertragbar; selbst im Süden aber auch geschlachtete Rinder von dort nicht mehr bei uns eingeführt werden. — Diese sachverständige Darlegung wird natürlich die agrarische Presse nicht hindern, nach wie vor die alten Lügen zu verbreiten. Dazu ist sie ja da.

Dem Wöermännchen Transportmonopol nach Südwestafrika scheint das Sterbestündlein geschlagen zu haben. Die „Aöln. Bzg.“ veröffentlicht folgende offizielle Mitteilung aus Berlin: „Der Vertrag des Auswärtigen Amtes mit der Woermann-Linie über die Transporte nach Westafrika läuft schon im nächsten Frühjahr ab. Amlich wurden die Hamburger und Bremer Firmen, die sich für eine neue Westafrika-Linie interessierten, zur Einreichung von Angeboten aufgefordert. Zweifellos bleibt die Woermann-Linie an den Transporten beteiligt.“ Die Schlussbemerkung wird den Wöermännern ein schlechter Trost sein. Wenn der Bruch des Monopols für die Kolonialverwaltung bezw. das Auswärtige Amt einen Sinn haben soll, so muß der Zweck doch sein, auch die Monopolpreise zu beseitigen. Wenn nur die anderen Hamburger und Bremer Firmen sich mit der Woermann-Linie in den Riesenrebbach teilen sollten, so wäre das für die letztere zwar schmerzhaft, aber für die Steuerzahler sehr gleichgültig, ob die Riesensummen in eine oder mehrere große Taschen fließen würden. Die Befürchtung, daß auch unter Mitbeteiligung anderer Firmen die Transporte noch immer überhöcht bezahlt werden, ist aber sehr wohl am Platze, denn die Handelsherren verstehen sich alleseits sehr gut aufs Geschäft und sie werden sich gegenseitig nicht allzusehr brüden wollen. Wird aber Herr Dernburg als verfloßener Bankdirektor, als welcher für ihn ja Verdienen auch groß geschrieben wurde, geneigt sein, einen scharfen Druck auf die Preise zu üben?

Bei der gestrigen Landtagswahl im ersten Wahlbezirk des Regierungsbezirks Silberheim wurden insgesamt 365 Stimmen abgegeben. Davon erhielt Landratsdirektor Dr. v. Campa in Silberheim (national-liberal) 270 und Gemeindevorsteher Rautenberg in Lühde (Bund der Landwirte) 95 Stimmen. Erstere ist somit wiedergewählt.

Eine internationale Arbeiterkongferenz, die nur von Regierungsvertretern besucht war, hat

bleser Tage in Bern getagt und am Mittwoch ihre Schlußsitzung abgehalten. Es wurde eine Konvention über die Nacharbeit von Frauen in industriellen Betrieben unterzeichnet. Die Konvention tritt zwei Jahre nach Schluß des Protokolls in Kraft für Rübenzuckerfabriken, Wollkammereien, Wollspinnereien und für Übertragungsbetriebe bei Bergwerksbetrieben, die jährlich mindestens vier Monate lang unterbrochen werden. Die Konvention sieht die Befreiung der Frist für ihre Inkrafttreten auf höchstens zehn Jahre vor. Eine Kündigung kann vor Ablauf von zwölf Jahren nach Protokollschluß nicht erfolgen. Die Abgeordneten von Dänemark, Spanien, Frankreich, Großbritannien, Italien, Luxemburg, Holland, Portugal, Schweden und der Schweiz reichten einen Antrag ein, wonach die durch die Uebereinkunft nicht geregelten Fragen der Prüfung einer Kommission unterbreitet werden können, in der jeder Staat durch einen Abgeordneten vertreten werden soll. Die Kommission soll eine rein beratende Aufgabe haben und keinesfalls eine Erhebung vornehmen oder sich in die Verwaltung der Staaten einmischen. Sie soll nur über die ihr unterbreiteten Fragen einen Bericht erstatten, der den vertragschließenden Staaten mitgeteilt werden wird. Ihre Anträge wären in eine Uebereinkunft umzuwandeln, sobald sie von allen beteiligten Mächten angenommen worden wären. Das Verbot der Verwendung des weißen Phosphors in der Zündholzindustrie nahmen nur sieben Staaten an: Deutschland, Dänemark, Frankreich, Spanien, Holland, Portugal und die Schweiz. Das Protokoll der Uebereinkunft bleibt für die Staaten offen, die ihr später beitreten werden.

Rußland.

Ueber eine nach Sibirien verbannte Lübeckerin wird folgendes gemeldet: Der Petersburger Appellhof verurteilte die deutsche Unterthanin Wera Stolterfoth zu 15jähriger Zwangsarbeit in Sibirien. Während einer Hausfuchung bei der Stolterfoth hatte die Polizei einen Koffer gefunden, in dem 8700 Gramm Dynamit, 3070 Gramm weiße Dynamitgelatine, 3560 Gramm rote Dynamitmasse, 500 Gramm Pyrrhin, sowie Patronen und Zündschnüre usw. aufbewahrt waren. Sachverständige sagten aus, daß die Angeklagte ohne Hilfe alle Bomben hergestellt hätte. Ihre Zugehörigkeit zum revolutionären Bunde ist erwiesen. Es wurden ferner bei der Stolterfoth eine Menge falscher Pässe gefunden. Die Stolterfoth entstammt einer angesehenen Lübecker Familie; sie hatte sich, um ihren revolutionären Neigungen nachgeben zu können, nach Rußland gewandt. — Neuere Meldungen besagen, daß Wera Stolterfoth aus Moskau flüchtet, jedoch in Lüberd angesehene Verwandte besitzt. Dieselben haben zwar versucht, ihr Leben im Gefängnis erträglicher zu gestalten, ihre Verbannung jedoch leider nicht verhindern können.

Frankreich.

Bei dem Leichenbegängnis des Soldaten Koller, der an den Verletzungen, die er bei den Streikunruhen erlitten hatte, gestorben ist, hielt der sozialistische Deputierter Bovas eine Rede, in der er u. a. sagte, Koller sei als ein unschuldiges Opfer eines Zwistes gefallen, den die Selbstsucht und Unversöhnlichkeit einzelner Fabrikanten entfesselt habe. Rüge auch der Tod Kollers der republikanischen Regierung zeigen, daß es immer unglücklich ist, die Soldaten gegen die Arbeiter vorgehen zu lassen. Die der Leichenfeier beizuhelfenden zahlreichen Offiziere begleiteten diese Worte des Bewährtens mit Zurufen der Entrüstung, während die übrigen Anwesenden in Beifallsrufe ausbrachen. Der bei der Feier anwesende Präfekt und der Bürgermeister erhielten schließlich Beweise, sich in seiner Ausdruckweise zu maßigen. — Wahr bleibt es deshalb doch, was Bovas sagte.

Lübeck und Nachbargebiete.

Freitag, den 28. September.

Achtung, Holzarbeiter. Nach Aufhebung des Streiks sind die Kollegen ausgesperrt. Zugang von Tischlern, Drechsler, Maschinenarbeitern und Sälzarbeitern ist deshalb strengstens fernzubaltn.

Achtung, Schneider! Ueber die Werkstatt von Sieb, Fadenburgerallee, ist die Sperrere verhängt.

Zum Bierkrieg. Nach dem am Sonntag im Vereinshaus gefassten Beschluß ist es Pflicht aller Konsumenten, das Ringbier so lange zu meiden, bis es zwischen den Wirten und Brauereien zu einer Einigung gekommen ist. Die Wirtschaften, in denen ringfreies Bier geschänkt wird, sind durch Plakate, die im Fenster hängen, auch äußerlich kenntlich gemacht. Niemand darf Leute unterstützen, welche den Brauereien behilflich sind, ihren Raubbau streitreich zu beenden. Was zu erreichen ist, wenn jedermann seine Pflicht erfüllt, wird durch die Erfolge bewiesen, die kürzlich in Chemnitz, Hannover und anderen Orten erzielt worden sind. In Chemnitz wurden folgende Vereinbarungen getroffen: Der Verkaufsschlag für schwere Biere (Lager, einheimisches, Böhmisches

und Bantrisch) wird von 2 Mk. auf 1 Mk. herabgesetzt; die Preiserhöhung von Einfachbier wird von 1 Mk. auf 50 Pf. ermäßigt. Dieselben Bedingungen gelten für Flaschenbier, doch muß für jede Flasche 2 Pf. Einlage bezahlt werden. Sämtliche Klagen (wegen Beleidigung und Entschädigung von 30 000 Mk.) der vereinigten Brauereien gegen die "Volkstimme" und Personen des Nationalausschusses werden zurückgezogen. Sämtliche Brauereiarbeiter, die während und aus Anlaß des Bierkrieges ausgesperrt oder entlassen worden sind, werden zu den bisherigen Arbeitsbedingungen und an ihre alten Plätze wieder eingestellt. — Gewiß ein schöner Erfolg. Auch in Neumünster haben sich die Brauereien zum Nachgeben gezwungen. Von dort wird gemeldet: Mit Rücksicht auf den großen Ausfall an Einnahmen infolge des Boykotts des Ringbieres haben die beiden hiesigen und die drei Kieler Brauereien bei der Nordwestdeutschen Brauerei-Vereinigung beantragt, diese möge beschließen, daß diejenigen Gastwirten, die ihr Bier in kurzer Zeit nach der Entnahme bar bezahlen, anstatt jetzt 3 in Zukunft 5 Prozent Rabatt gewährt werden. Die Brauereien hoffen, daß unter diesen Voraussetzungen der Boykott aufgehoben wird und die Wirte dann das Bier zu den früheren Preisen wieder zum Ausschank bringen. — Es gilt also zu zeigen, daß die Lübecker Arbeiterschaft auch versteht, ihre Beschlüsse zur Durchführung zu bringen. Ein feiner Mann und Ringbier, auch kein Flaschenbier, und es wird zweifellos baldigt zu einem für beide Teile annehmbaren Vergleich kommen!

Der Bürgerausschuß beschäftigte sich in seiner Sitzung mit dem Neubau eines Verwaltungsgebäudes, da bei dem im Rathaus und anderwärts untergebrachten Behörden sich bereits längere Zeit ein empfindlicher Raumangel bemerkbar gemacht habe. Der Senat will, daß das neue Gebäude auf dem Plage des alten Offizierskasinos in der Königstraße unter Zulauf der Grundstücke Nr. 13 und 20 in der Fleischhauerstraße errichtet werden soll. Die Kosten werden sich auf insgesamt 315 700 Mk. stellen. Der Bürgerausschuß verwies diesen Antrag an eine Kommission. Angenommen wurde vom Bürgerausschuß eine Vorderingung der Bauordnung, nach der vor definitiver Fertigstellung eines Grundstückes schon Teile eines solchen polizeilich abgenommen werden können. Beschlossen wurde der Ankauf zweier Häuser in der Kapitelstraße, um mehr Platz für das Hallenschwimmrad zu erhalten, das auf dem Grundstück Parade 1 errichtet werden soll, und ferner der Bau einer Stalleitung in Travemünde, die einen Kostenauflauf von 57 630 Mk. verursacht wird.

"Eine Sittennot", die Tragödie eines Schülers in 4 Akten von Adolf Schwarz, gelangt am Montag im Stadthaus zum Aufführung. In demselben seiner Tragödie führt der Verfasser uns einen Jüngling vor, dessen Seele langsam aber sicher zugrunde gerichtet wird, nicht mit abschätziger Grausamkeit, sondern durch die Ungunst der Verhältnisse. Vater und Mutter haben kein Verständnis für die seelischen Bedürfnisse des jungen Menschen, der förmlich sich verzehrt vor Hunger nach einem liebevollen Wort aus der Eltern Mund, und her des Vaters unnachlässige Strenge als entehrende Bückung empfunden. Ungerechte Behandlung durch die Lehrer des Gymnasiums löst schließlich in dem zurückhaltenden

Jüngling eine Energie aus die man dem passiven Charakter gar nicht zugetraut hätte. Dem Werke wird eine große dramatische Wirkung nachgerühmt.

Heilbehandlung für Lungenkranke. Am 1. August 1906 waren auf Kosten der Landes-Versicherungsanstalt der Hausstädte zum Teil mit Zuzufuhr von Krankenkassen in Heilstätten für Lungenkranke, in sonstigen Kurorten und in Krankenhäusern untergebracht 559 Versicherte, aufgenommen wurden im Laufe des Monats 289 Versicherte, zusammen 848 Versicherte, davon wurden im Laufe des Monats entlassen 200 Versicherte, mithin befanden sich am Schlusse des Monats in Heilbehandlung 558 Versicherte und zwar aus dem Gebiete von Lübeck 55, Bremen 160, Hamburg 343. Außerdem mußten im Laufe des Monats 171 Anträge als ungeeignet abgelehnt werden.

Arbeitervviko. Der Stauer W. Bornhöft, wohnhaft in Brandenbaum, ranzte sich gestern mittag gegen 2 Uhr auf den Lubecker Werken den Zeigefinger der linken Hand bis ans zweite Glied ab. Der Bedauernswerte verlor erst vor einiger Zeit den Mittelfinger der rechten Hand durch Blutergiftung, welche er sich infolge einer Verletzung durch Blech zugezogen hatte.

Die einzige Tochter Emanuel Weibels, Lübeds bedeutendsten Dichters, ist gestern nachmittag gestorben. Die Entschlafene war die Gattin des Senators Dr. Fehling.

Aus dem Fenster gestürzt ist heute morgen das in der Marktstraße wohnhafte Fräulein Sack. Die Unfälle wurde sehr schwer verlest. Ob eigenes Verschulden oder Unfallfall vorliegt, konnten wir nicht ermitteln.

Stadthaus-Provisorium im Stadthaus-Theater. Aus der Theaterkasseler wird uns geschrieben: In der am Sonnabend stattfindenden Eröffnungsvorstellung von Lessings "Nathan der Weise" werden die hauptächlichsten Schauspielkräfte beschäftigt. Für die Sonntagsvorstellung von "Madame Sans-Gêne" sind auch bereits Eintrittskarten im Vorverkauf von heute ab zu haben.

Der Verband Deutscher Gastwirtsgehilfen, Zahlstelle Lübeck, hielt am Mittwoch, den 26. d. Mts., seine Versammlung bei Schröder, Leberstr., ab. Als einer der wichtigsten Punkte stand der hiesige Bierkrieg zur Debatte. Da von Wirtsseite den Kellnern im allgemeinen der Vorwurf gemacht worden ist, daß dieselben speziell das Ringbier bevorzugten, wurde festgestellt, daß dieses auf die Mitglieder des Verbandes durchaus nicht zutrifft. Es wurde zu dieser Sache einstimmig folgende Resolution angenommen: Der Verband Deutscher Gastwirtsgehilfen steht nach wie vor auf dem Standpunkt, das Ringbier zu meiden und nach Möglichkeit nicht in Lokalen zu verkehren, in denen dieses geschänkt wird.

Die öffentlichen Badeanstalten am Finkenberge in der Vorstadt St. Lorenz, an der Falkenwiese in der Vorstadt St. Jürgen und Markt in der Vorstadt St. Gertrud werden für dieses Jahr am Sonntag, den 30. September ds. Js. geschlossen.

Straßenperre. Wegen vorzunehmender Pflasterungsarbeiten wird die Straße "Altscheide" vom Montag, den 1. Oktober cr. ab für den Fahrwerksverkehr bis auf weiteres gesperrt.

Saustheater. Für Sonntag nachmittag hat die Direktion die zweite Fremden-Vorstellung zu ermäßigten Preisen angelegt, in welcher auch die "Goldene Laube" von Mlle. Margerita gezeigt wird, sowie das gesamte Künstlerpersonal auftritt. — Abends findet die letzte Vorstellung des ersten Spielplans statt, um der neuen Künstlerin, welche am Montag den 1. Oktober debütiert, Platz zu machen.

Schwindlerin. Am 25. d. Mts. ist in zwei hiesigen Geschäften eine etwa 16 Jahre alte, etwa 1,60 Mtr. große Schwindlerin aufgetreten, indem sie für Personen, die in unmittelbarer Nähe der bezüglichen Geschäfte wohnen und von denen sie annehmen konnte, daß sie den Geschäftsinhabern bekannt seien, Blusen zur Ansicht bestellte. In einem Falle ist es der Schwindlerin, die im Hauszuge erschien, gelungen, 4 Blusen zu erhalten. Später stellte es sich heraus, daß die als Käuferin genannte Dame von einer derartigen Bestellung nichts wußte.

Uhren Diebstahl. Am 27. d. Mts. wurde einem Arbeiter in einem Hause der Fadenburger Allee eine Silberne Remontoiruhr mit ziemlich abgesehenem Goldrand gestohlen. Im Deckel der Uhr ist der Name "Boye" eingraviert. An derselben war eine Nickelkette befestigt. Die Uhr befand sich in einer Blechkapsel.

Fahrraddiebstahl. Vom Hausflur einer Wirtin in der Großen Burgstraße wurde am 26. d. Mts. abends zwischen 9 $\frac{1}{2}$ und 10 $\frac{1}{2}$ Uhr ein Fahrrad, Marke "Grüner", mit der vom Polizeiamt gelieferten Erkennungsnummer 6903, schwarzen Felgen, schwarzem Gestell und nach oben gebogener Lenkstange gestohlen.

Abhanden gekommen und vermutlich gestohlen ist aus einem Hause an der Parkstraße eine sehr wertvolle ungewöhnlich breite Steinmarder-Belaboa.

Neuheiten

Stettin. Schlacht zwischen Schülern. Gegen 100 Schüler des Stettiner Vorortes Pommerensdorf rückten sich zusammen und kämpften mit Knütteln und Messern. Ein Schüler schoß einen Kameraden mit einem Revolver in das Gesicht und verletzete ihn schwer. Die Polizei verhaftete eine große Anzahl der Beteiligten.

Eisenach. Rote Laten. Italiener überfielen einen Schmiedegesellen in Dornborn und schlugen ihm den Bauch auf. — In Kreuzburg erschannen italienische Bahnarbeiter einen Deutschen. Drei beteiligte Personen wurden lebensgefährlich verletzt. — Wenn ein Ausländer sich als politisch einseitig zeigt, so wird er für lästig erklärt und ausgewiesen. Sind dieselben dumm und roh — wie es die Verüber obiger Schandtaten zweifellos sein werden — hat niemand in den maßgebenden Kreisen gegen ihren Aufenthalt in Deutschland etwas einzuwenden. Dafür ist Deutschland ein Kulturstaat.

Rom. Die Prinzessin Paterno beging Selbstmord, indem sie sich aus dem Fenster ihres Palastes stürzte. Die Verlobung mit einem Herzog stand bevor. Das Motiv der Tat ist unbekannt; sollte es die bevorstehende Verlobung, die ja in den oberen Kreisen nicht immer ein Resultat der Liebe zu sein braucht, gewesen sein?

Die Geburt eines gesunden Knaben zeigen hoch erfreut an
O. Junge u. Frau, geb. Forstmann.
Cutin, Elisabethstraße 17.

Das Dußend voll! Halb und Halb
H. Meier und Frau,
geb. Langfeldt.

Für die zahlreichen Aufmerksamkeiten und Gratulationen zu unserer Hochzeit sagen wir hiermit unsern herzlichsten Dank.
Gleichzeitig sagen wir allen Freunden und Bekannten bei unserer Abreise nach Helsingfors ein herzlichliches Lebewohl.
Karl Liljestrom und Frau,
Emma, geb. Reimers

Zum 1. Januar
eine Wohnung zu vermieten
Gronsförder Allee 105.

Zu verkaufen **Musikstärker** (System Sandow) Gestell für **Trittnähmaschine**, mehrere Gardinentaschen. **Bücherstr. 16 2.**

Zu verkaufen **2,2 helle Wrahma, à 2 Ct.** **4 Ct., Zwerghühne St. 2 Ct. (prämiert)**
Ernst Ketelhohn, Ecke Adlerstr. 38.

Deutscher Holzarbeiter-Verband
Zahlstelle Lübeck.

Nachruf.
Am 26. d. Mts. verstarb unser treues Mitglied, der Stellmacher
Joh. Wagner.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet Montag vormittag 11 $\frac{1}{2}$ Uhr von der Kapelle des Allgemeinen Gottesackers aus statt.
Versammlung der Teilnehmer am 11 Uhr im Verkehrslokal, E. Schröder, Leberstr. 3
Um rege Beteiligung bittet
Die Lokalverwaltung.

Eine zweischläfige Reitstelle mit Sprungfedermatratze zu verkaufen
Kleine Altesfähre 10, l.

Ein Popageibauer bill. zu verk.
Glaudorpstraße 41.

Gesucht zum 1. November von jung. Leuten eine Wohnung im Preise bis zu 180 M., am liebsten Postkontor.
Ang. u. S 77 an die Exped. d. Bl.

Zum 1. November
ein Mädchen
für Küche, Hausarbeit und Wäsche und ein Folgemädchen. Zu meiden möglichst mit Zeugnis Donnerstag und Freitag den 27. u 28. September von 6-8 Uhr abends.
Frau Dr. G. Reimann, Parade 2.

Gesucht
Arbeiterinnen.
August Schumacher
Ernestinenstraße 3.

Eine guterh. Trittnähmaschine
billig zu verkaufen
Gneisenaustraße 2

10 Malergehilfen
saubere Arbeiter, stelle ein.
R. Niese.

Zu kaufen gesucht eine Bettstelle m. Sprgfl., einjchl. od. einhalsbischl. und ein starker Blodwagen. Angebote mit Preis unter J. K. 3 an die Expedition d. Bl.

Ein kleiner eiserner Ofen
zu verkaufen
H. Dannert, Weiter Vohberg 15, v

B. verk. e. Haus i. d. Gevedesstr.
mit 4 abgesehl. Zweizimmerwohnungen.
Näh. Gevedesstraße 50, part.

Ein guterh. Abendmantel u. Pelz
billig zu verkaufen
Georgstraße 30, l.

Ein Sportwagen mit Verdeck
zu verkaufen
Augustenstraße 21, part.

Verloren am Sonnabend, den 22. d. Mts., abends, eine weiße Bluse von Klappenstraße bis Sadowastr. Gegen Bel. abz. **Sadowastr. 35.**

Hervorragend billige Herbst- und Winter-Schuhwaren!

Nur kurze Zeit! Nur kurze Zeit!

Herren-Schnür-Stiefel echt Chevreaux, modernes Fasson. 8.40.	7⁹⁰ Mk.	Damen-Leder-Haus-Schuhe schwarz und farbig, mit Ledersohle und Fleck	1⁸⁵ Mk.
Herren-Schaft-Stiefel starke Arbeitsstiefel, . . . Mk. 7.90, 6.90 Mk.	5⁹⁰ Mk.	Damen-Leder-Haus-Schuhe farbig, mit warmem Sealskintatter	2²⁰ Mk.
Damen-Schnür-Stiefel 1a. Boxhorse, elegante Ausführung	5⁹⁰ Mk.	Damen-Melton-Pantoffel je nach Ausführung Mk. 1.—, 88 Pfg., 58 Pfg.,	28 Pfg.
Damen-Schnür-Stiefel echt Chevreaux, leicht und angenehm	6⁵⁰ Mk.	Mädchen-Plüsch-Haus-Schuhe Ledersohle und Fleck, Lederspitze, warm, Nr. 25—29 80 Pfg., Nr. 30—35	1⁰⁰ Mk.

Unsere reichhaltig dekorierten Schaufenster zeigen außerdem eine weitere Anzahl saisongemäßer, außerordentlich preiswerter Artikel!

Alle **Neuheiten** der **Saison** in umfassendster Auswahl.

Conrad Tack & Co. Burgb. Magd.

100 Verkaufs-Geschäfte.
**Lübeck:
Breitestr. 47**

Altteste u. bedeutendste Schuhwaren-Fabrik Deutschlands,
welche ausschliesslich eigene Geschäfte unterhält.

Feldmeier, Slump & Elberfeld

18 Beckergr. 18

Neuheiten

für Herbst und Winter

Blusenstoffe

in den neuesten Carreaux und Streifen, moderne geschmackvolle Farbenstellungen,
per Meter 3.50, 3.00, 2.50, 2.00, 1.50, 1.00

Uni-Kleiderstoffe

in nur bewährten soliden Qualitäten in modernem Tuch, Satin und Chemisotgeweben, reine Wolle,
per Meter 6.00, 5.50, 5.00, 4.80, 4.50, 4.25, 4.00 3.50, 3.00, 2.50, 2.00, 1.50, 1.25, 1.00 Mf.

Kleiderstoffe

in Schwarz und weiß, für Braut- und Gesellschaftskleider in prima Qualitäten,
per Meter 6.00, 5.50, 5.00, 4.75, 4.28, 4.00, 3.75, 3.50, 3.25, 3.00, 2.00, 1.50 Mf.

Kleiderstoffe

Speziell für junge Mädchen und Kinderkleider in hübschen farbigen Schotten,
2.25, 1.75, 1.25 Mf., 75 Pfg.

Täglich Eingang von Neuheiten.

Empfehle mein
Barbier- u. Frisier-Geschäft
— gute und saubere Bedienung. —
Ant. Dähn, Dankwartstr. 63.
Eine Partie
echt holl. Rahmkäse
— Pfund 80 Pfg. —
John Jacobsen, J. H. Lenschau Nachf.,
Gr. Burgstraße 7.

Empfehle heute Sonnabend in schöner Qualität
Braunschwg. Blutwurst, das Pfd. 50 Pfg.
Kaiser-Jagdwurst 90 "
Leberwurst 60 "
Thüringer Wurst- u. Fleischkonservenfabrik
Hauptgeschäft: **August Scheere,** Filiale:
Holstenstr. 19, Breitestrasse 44.
Fernspr. 274, Fernspr. 147.

Restaurant Concordia
Hüterdamm 14.
Empfehle von heute an täglich
ff. Eisbein
mit Sauerkraut u. Erbsenpüree.
Franz Schultz.

Tombola
des Artisten-Vereins
„Sicher wie Jold“
Gewinn-Liste:
3 42 114 132 158 173 198 202
207 226 236 318 355 361 387 400
444 467 476 496 598 521 560 580
608 635 641 642 718 725 726 739
785 826 832 900 905 907 939 944
951 958 971 1008 1030 1031 1061 1108
1171 1172 1185 1194 1251 1264 1296 1340
1348 1354 1369 1396 1428 1464 1513 1514
1550 1561 1596 1599 1574 1620 1628 1634
1653 1791 1798 1813 1858 1859 1878 1945
1949 1987 1997 2016 2051 2073 2074 2076
2120 2122 2133 2139 2143 2280 2342 2373
2383 2444 2463 2497 2511 2541 2574 2589
2613 2637 2647 2649 2669 2767 2821 2842
2852 2883 2912 2933 2957 2962 2997 2987
Gewinne werden vom 28. September im
Variété Universum
Beckergrube 44,
von 9—2 Uhr ausgegeben.
Gewinne, welche bis zum 1. Novbr. 1906
nicht abgeholt worden sind, verfallen zu Gunsten
der Vereinskasse.
Der Vorstand.

Empfehle ff. Holländische Fettzeringe
sowie Prima Salz-Curken.
Heinr. Muß, Schwartauer Allee 94.
Billiges
Volksgetränk!
Trinkt
H. Bülck's Misch-Kaffee!
Pfund 60, 80 und 100 Pfg.
in 1/2 und 1/4 Pfund.
Die Mischungen enthalten keinerlei
künstliche Farbstoffe, keine havarierte
Bohnen (sog vom Seewasser beschädigt)
und sind frei von jedem Verschwerungs-
mittel.
H. Bülck
Breitestraße 54. Fernspr. 149.

Billig! Uhren Billig!
Gut gehende
Herrenuhren von Mt 4 00 an
Herrenuhren, Silber " " 9 00 "
Damenuhren " " 5 50 "
Damenuhren, Silber " " 10 00 "
Herrenuhrketten " " 50 "
Damenuhrketten, lang " " 80 "
Weckuhren in grosser
Auswahl
von Mt 1 80 an.
Freischwinger von
Mt 15 00 an
Broschen, Ohrringe, Manschettenknöpfe, Tischknädeln,
Haarketten, Colliers.
Breitestraße 32.
Auktionator Albert Mohrmann.

Geschäfts-Eröffnung.
Habe mit dem heutigen Tage
Westhoffstraße 52
eine
**Kolonial-, Fettwaren-, Gemüse-,
Brot- und Flaschenbier-Handlung**
eröffnet und bitte um gütigen Zuspruch.
Achtungsvoll
Chr. Meß,
Westhoffstraße 52.
Brot a. d. Vöb. Genossenschaftsbäcker.

Billige
Tapeten-Reste
Georg Bornhöft
Safen-Drogerie
Untertrave 44/45, b. d. Drehbrücke.

Arbeitergarderoben
Unterzeuge
Strümpfe
Wäsche und Kravatten
F. Jürgensen
Ecke Schwart. u. Finkenb. Allee

Empfehle:
Prima Ochsenfleisch
sowie
sämtl. Fleisch- u. Wurstwaren
in bester Qualität.
Jeden Sonnabend von 4 Uhr an:
Heiße Knackwurst.
H. Spangenberg
Schwartauer Allee 59 Ecke Ludwig-
straße.
Schlachtereie und Wurstfabrik.

Empfehle:
Vorzügl. Ochsenfleisch
Prima Kopffleisch
Prima Brotwurst
Prima Napfsülze
Von 5 Uhr an:
Heiße Knackwurst.
Oscar Keil
Schlachtereie u. Wurstmacher m. elektr. Betrieb
Fernsprecher 1447
Schwartauer Al. 65, Ecke Westhoffstr.

Billig! Billig!
Fetter Speck Pfd. 85 Pfg.
Mag. do. " 95 "
Neutralfine (Pflanzenbutter) " 50 "
Reines weißes Schmalz " 55 "
Kunstfett Honig, weiß " 35 "
do. gelb " 30 "
und in allen Packungen.
Eimer 10 Pfd. Marmelade 2.00 Mf.
do. 5 " 1.20 "
la. Schweizer Käse " Pfd. 80 Pfg.
Holländer Käse " 80 "
la. fetter Tillfiter Käse " 65 "
Alter pikanter Käse " 30 "
Geräuch. Lachs Pfd. 120 und 100 "
12 Stück Fettzeringe " 55 "
Kirschkast Flasche 35 und 45 "
10 Pfund gute feste Zwiebeln 45 "
Magdeburger Sauerkohl Pfd. 7 "
Ed. Speck, Hürstraße 80.
Arbeiter-Radsfahr.-Verein Lübeck.
Gegründet 1894.

Rindfleisch, billig!
weißes Schmalz 80 Pfg.
Bratenfett 40 "
von 5 Uhr an:
Warme Knackwurst.
Friedr. Green, Kupferfischstraße 14.
Brotwurst
Kopffleisch
Kohlwurst
H. Spangenberg
Schwartauer Allee 59 Ecke Ludwig-
straße.
Schlachtereie und Wurstfabrik.

Jeden Dienstag u. jeden Freitag:
Frisch Brotwurst
" Grützurst
W. C. Koepcke
Klingenberg 3-4.

Am Sonntag den 30. September 1906
Tour nach Badendorf. Abfahrt 1 1/2 Uhr
vom Vereinshaus.
Der Vorstand.

Hansa-Theater
Vorletzter Tag des
Eröffnungs-Programm
Goldene Laube — 4 Charles —
Rolf Rafaely — Nora Ibsen —
Richard Hungar — Deamando u.
Anny — Geschw. Bengston —
Opt. Berichterstatter.
Vorverkauf in Sager's Zigarren-Gesch.

Stadthallen-Theater.
Direktion: Ludw. Piorkowski.
Sonnabend, den 29. Sept. 7 1/2 Uhr
Eröffnungs-Vorstellung.
Nathan der Weise.
Sonntag, 30. Sept. 7 1/2 Uhr.
Madame Sans Gêne.
Vorverkauf nur an der Theaterkasse
und bei F. W. Kabel, Breitestrasse.
Billetts ab heute zu haben.

W. Blumenthal.

Rote
Rabattmarken

Lübecks bedeutendste

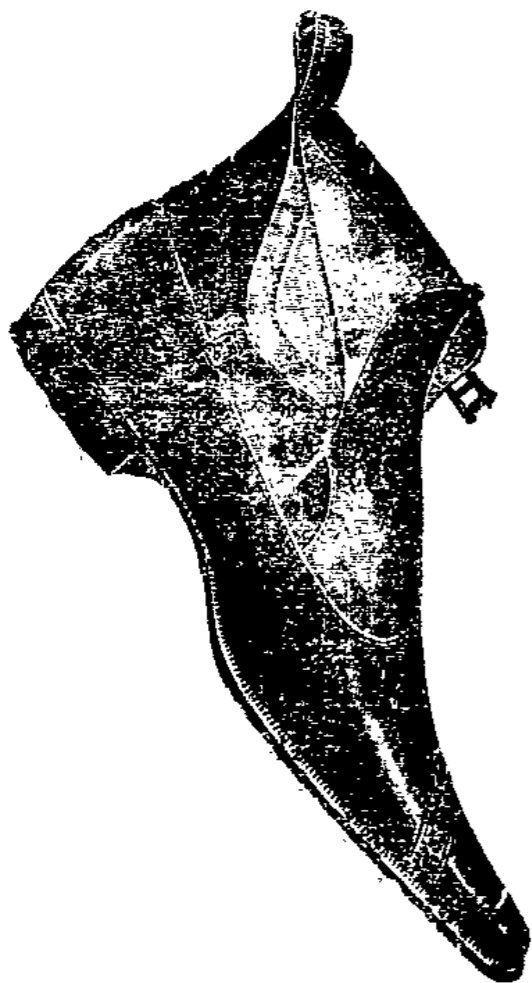
Rote
Rabattmarken

Schuhwaren-Geschäfte

Schwartauer Allee
Ecke Geverdesstrasse.

Kohlmarkt
Ecke Sandstrasse.

Unsere Leistungsfähigkeit!



Echte
Petersburger ==
== **Gummischeue.**

Deutsche ==
Gummischeue

für

Kinder 1⁸⁰
Mädchen 2⁴⁰
Damen 2⁷⁵
Herren 4³⁵

Herren Schnürstiefel,
bewährte Qualitäten. Mk. 14.50, 12.50, 10.—,
8.—, 6.75, 5.75.

4⁵⁰
Mk.

Herren-Schnallenstiefel,
bequem und praktisch. Mk. 14.50, 10.75,
8.—, 7.—.

5⁵⁰
Mk.

Herren-Zugstiefel,
glatt u. Besatz Mk. 14.50, 13.50, 10.75,
10.—, 8.25, 6.—, 5.50

4⁵⁰
Mk.

Herren-Schnür- und Schnallenschuhe
Arbeitsschuhe u. Sonntagsschuhe. Mk. 9.—
7.50, 6.—, 5.50.

4⁵⁰
Mk.

Herren-Hausschuhe,
warm gefüttert. Mk. 4.50, 4.—, 3.50, 3.—.

1⁷⁵
Mk.

Knaben-Schnürstiefel,
anerkannt dauerhaft. Mk. 8.25. bis

3⁷⁵
Mk.

Damen-Schnürstiefel,
moderne Fassons, Mk. 15.—, 13.50, 12.50,
10.50, 8.00, 7.25, 6.50, 5.50,

5
Mk.

Damen-Knopfstiefel,
in bester Ausführung. Mk. 16.50, 13.50,
12.50, 10.50, 8.—, 7.25, 6 —

5²⁵
Mk.

Damen-Knopf- u. Schnürschuhe
aus verschiedensten Ledersorten. Mk. 8.90,
5.75, 4.75,

3⁷⁵
Mk.

Damen-Spangenschuhe,
haltbar und bequem, Mk. 8.—, 5.75, 4.75,
3.75.

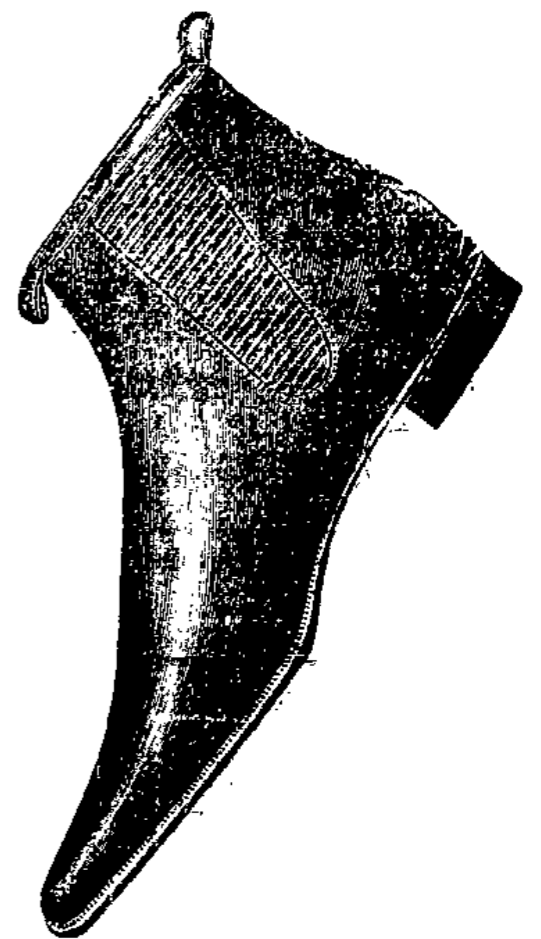
2⁶⁰
Mk.

Damen-Hausschuhe,
Filz und Leder, Mk. 5.50, 5.—, 3.75, 3.—
2.75, 1.80.

1⁵⁰
Mk.

Mädchen-Knopf- u. Schnürstiefel
starke Schulstiefel, Mk. 7.50 bis

3⁷⁵
Mk.



Neuheiten

in
Pantoffeln
und
gefütterten Schuhen
in allen Preislagen.

Ball-Schuhe

in
grösster
Auswahl.

➔ **Kinderstiefel in allen Formen und Preislagen.** ➔

W. Blumenthal.

Parteitag der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

(Originalbericht des „Lübecker Volksboten“.)

(Fortsetzung aus der 2. Beilage.)

Es erhält nun das Wort als Korreferent der Vorsitzende der Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands:

Reichstagsabgeordneter Karl Legien: Die unangenehme Situation, mit deren Schließung Bebel begann, hat sich der Parteivorstand selbst zuzuschreiben. Er hat sich selbst hineingebracht und das Verlaufsmedium, auf das er verfallen ist, scheint uns wenig empfehlenswert und dürfte dem Parteitag noch einmal unangenehm in Erinnerung kommen. Der Parteivorstand hat sich beim Protokoll gar nicht von eigenen Überzeugungen bestimmen, sondern sich von der Relation des „Vorwärts“ drängen lassen. Ueberhaupt läßt sich leider der Parteivorstand übermäßig viel von dem Berliner Parteivorstand und Vertretungen drängen lassen. Das darf nicht sein, der Parteivorstand muß über der Redaktion des „Vorwärts“ und den Berliner Organisationsstellen stehen. Der Parteivorstand, in dem der Parteivorstand um das Recht der Veröffentlichung ersucht, stand am Morgen, bevor ich ihn bekam, öffentlich im „Vorwärts“. Was das notwendig, sich so auf die Veröffentlichung festzusetzen, war das klug? Mit Recht hat die „Vorwärts“ die erste Veröffentlichung der „Einigkeit“ eine Falschheit genannt. Die lokalen Gewerkschaften gehören überhaupt nicht zur Sozialdemokratie, sie sind unsere politischen Gegner genau so wie die Konservativen oder das Zentrum. (Beifall bei den Gewerkschaften, Widerspruch.) Ich werde es Euch sofort beweisen, Genossen von Berlin! Auf ihrem letzten Kongress haben die Lokalisten die Forderung „engen Zusammenwirkens mit der Sozialdemokratie“ in ihren alten Statuten gestrichen und dafür das Erfordernis „Kampfbereitschaft“ eingefügt, um den Anarchisten freien Spielraum zu gewähren. Das hat auch Dr. Richels, ein Freund dieser „wahrhaft revolutionären Sozialisten“, im „Archiv für Sozialwissenschaft“ offen erklärt. Damit haben sich die Lokalisten selbst außerhalb der Partei gesetzt. Sie sind unsere Feinde und doppelt gefährliche Feinde, weil sie sich für unsere Freunde ausgeben. (Beifall.) Durste uns eine Indiskretion von dieser Seite zur Bestätigung vertraulicher Verhandlungen zwingen?! Die Anarchisten hatten andere Teile für wichtiger. Sie haben den Teil des Protokolls veröffentlicht, der gerade am wenigsten hätte veröffentlicht werden dürfen, über die Möglichkeit einer Abwehr der großen Unternehmerrausperrungen, ein Teil, der zu dem Schluß gelangt, daß wir noch nicht genügend stark zum Widerstand sind. Wohin soll das führen? Aber die Spannung, die dazu führte, hat der Parteivorstand unter dem Einfluß der „Vorwärts“-Redaktion selbst erst geschaffen. Wenn der Parteivorstand nach der Publikation der „Einigkeit“ eine kurze Erklärung erlassen hätte, daß in dem Protokoll nichts, gar nichts gegen die Partei, gegen die Sozialdemokratie steht, hätte das den Genossen nicht genügt? Aber es fehlt eben bei dem Parteivorstand an Ehrlichkeit und Geschlossenheit, er unterliegt dem überwältigenden Einfluß einiger Berliner Gruppen und der „Vorwärts“-Redaktion. (Beifall und Widerspruch.) Statt dieser kurzen Erklärung veröffentlichte Bebel im „Vorwärts“ eine Note, Silberschmidts Wiederkehr sei voll Mißverständnis, sei stark entstellt. Wachte er nicht, daß er damit den Widerspruch der Generalkommission widerstand? Es ist nicht wahr, daß Bebel irgend welche andere Formulierungen vorgelegt hat. Nur Silberschmidts Sätze lagen als einziges Schriftstück vor. Sie wurden vorgelesen, abgeändert, wieder vorgelesen, und Bebel selbst hat ihnen zugestimmt. (Bebel: Das ist ja nicht wahr.) So zeigen Sie uns doch, was Sie Schriftliches vorgelegt haben! Silberschmidts Lesarten sollten gar keine Wiederkehr der Behel'schen Rede sein, sondern eine Niederlegung der Überzeugung der Teilnehmer, für die wir alle einstehen. Bebel hatte gar kein Recht, diese Niederschrift öffentlich so anzugreifen. (Bebel: Da hört doch aber alles auf!) Ohne sich vorher mit dem Parteivorstand verständigt zu haben. (Bebel: Ist ja geschehen!) Aber erst später! Unter der ersten Erklärung steht nur Bebel's Name! Ach die übrigen Ausführungen Bebel's am Bericht Silberschmidts sind durchaus unbegründet; der Bericht ist vollständig korrekt. Es trifft auch zu, daß zwar nicht Bebel, wohl aber ein anderes Mitglied des Parteivorstandes, nämlich Pfannkuch, von Strömungen sprach, die auf Anwendung des Massenstreiks drängen wollten. Und ich glaube das, weil ich z. B. in der „Sächsischen Arbeiterztg.“ vom 4. Dezember v. Js. gelesen habe: „Unter dem Stützen des Polizeifäßel entstand der Schrei: Jetzt kommt der Massenstreik! Und das ist keine leere Drohung. Die Massen der Arbeiter bewegen sich zum Losungswort.“ Diese „Strömungen“ wollten den Grund für die gemeinsame Besprechung von Parteivorstand und Generalkommission bilden und ich glaube, Bebel und bei diesem anderen Gelegenheit hat sich die Generalkommission als verhandlungsfähige und vertrauensfähige Körperschaft erwiesen. (Beifall bei den Gewerkschaften) — Nun zur Frage des Massenstreiks selbst, mit der diese Auseinandersetzung ja sehr wenig zu tun hatte. Wenn es noch irgend eines Beweises bedürft hätte, daß es unpraktisch ist, wenn die Partei ringsum von Feinden umgeben, von vornherein das Mittel bestimmen will, das im gegebenen Moment angewendet werden soll, so hätten diesen Beweis die Vorgänge geliefert, die wir seit dem 1. September haben. Die Anarchosozialisten haben die Jänaer Resolution als Maßschlagszahlung angesehen und danach die Partei weiterzuführen gesucht bis auf den jüngsten Akt an Bebel: „Proletarier achtet auf eure Leiber!“ Wir aber, denen die deutsche Partei seit Jahrzehnten beigebracht hatte, daß der Massenstreik Generalstreik sei, konnten nicht plötzlich unsere ganzen Traditionen umlernen.

Wir können den Unterschied zwischen den verschiedenen Arten des Generalstreiks nicht recht einsehen, und sie begreifen, warum man die Konsequenz, die sich nachher aus dem Generalstreik ergibt, nicht vorher ziehen soll. Jahrzehntlang haben wir gelernt, daß man heute nicht die revolutionäre Methode der Gewalt von oben, Gewalt von unten entgegenzusetzen, mehr befolgen dürfe, daß sich mit Gewalttaten die soziale Frage nicht lösen lasse. Was wir in langer Zeit gelernt und erlernt, das lassen wir nicht plötzlich über den Haufen werfen. (Bebel: Warum denn nicht?) Nicht jeder kann seine Meinung so rasch ändern. Aber ich kann mir ja denken, wie man plötzlich zu dieser Begeisterung für den politischen Massenstreik kam. Man ärgerte sich nach 1903, daß man trotz der großen Stimmenzahl keine entscheidenden Einflüsse hatte; dazu kam die russische Revolution und die Anwendung des „neuen Kampfmittels“ in den verschiedenen Ländern, die sich mit Deutschland allesamt nicht vergleichen lassen, z. B. der scheidende Generalstreik: 3 Tage lang in ein paar großen Industrien die Arbeit niederzulegen, das machen wir alle Tage nach unserer großen Gewerkschaften. Aber mit Recht haben alle Theoretiker des Generalstreiks in der letzten Zeit nachgewiesen, daß in Deutschland der Generalstreik ein räuberischer Kampf um die Erlaubnis der herrschenden Klassen und ihrer ganzen Vorrechte sein werde. Und selbst in Deutschland sind unsere Genossen einstimmig der Ansicht, daß, wenn es bei ihnen zum Generalstreik kommt, auch Blutvergießen ihnen nicht erspart würde. Und das obwohl sie das Recht auf die Straße haben, das wir uns auch erst durch blutige Demonstrationen erobern müssen. Ich stimme mit Bebel vollkommen darin überein, daß wir nicht sagen können, daß wir nun in eine revolutionäre Periode hineinkommen werden. Aber dann in wirklich revolutionärer Zeit ist die Entscheidung sehr rasch zu treffen. Dann entscheiden die Massen auch ohne und auch gegen die Führer. Dann gibt es keinen Beschluß über den politischen Massenstreik mehr, dann ist er da, denn während der Revolution bleiben die Arbeiter natürlich auch nicht in den Fabriken. Aber man glaubt ja jetzt vielfach, es ließen sich mit Hilfe des Generalstreiks bestimmte politische Ziele ohne Revolution erreichen. Wie sollte das geschehen, entweder müssen wir durch den Generalstreik das Staatsgebiet lahm legen oder demonstrieren. Man läßt sich ja in einer ganzen Reihe von Industrien die Arbeitsleistung schon jetzt durchführen, aber gerade im Transportgewerbe und teilweise auch im Nahrungsmittelgewerbe kann davon nicht die Rede sein. In den anderen großen Fabriken lassen ja aber schon jetzt die Unternehmer wochenlang die Betriebe stillstehen. Anders wäre es ja in der Welt, wenn hunderttausende sich auf die Straße stellen und sagen: wir können nicht anders. Aber gerade das will ja Bebel nicht. Und dann wäre es auch mit Parteitagsbeschlüssen nicht abgetan. Als letztes äußerstes Mittel erkennen wir alle die umfassende Arbeitseinstellung an. Aber dann müssen wir uns eben auch mit Blut das Recht auf die Straße erkämpfen und dürfen nicht ruhig im Dachkammerchen sitzen bleiben. Vorher aber taucht dann doch immer die Frage auf: Ist das Objekt des großen Opfers wert, die wir werden bringen müssen. Die letzte vorherige Diskussion des Generalstreiks aber ist vom Uebel; nicht als ob ich fürchte, daß durch sie einmal die Massen gegen den Willen der Parteiführer in den Massenstreik hineingehört werden könnten, aber weil die Masse nachher enttäuscht ist, wenn bei wichtigen Aktionen die entscheidende Parole nicht ausgegeben wird und das Vertrauen zur Leitung verliert. Das sind die leitenden Gesichtspunkte, die den Gewerkschaftskongress bei seiner Beschlusfassung bestimmt haben. Er hatte das Recht und die Pflicht, über den Massenstreik zu entscheiden, denn bei seiner Ausführung sind die Gewerkschaften doch das wichtigste Organ. Die Ereignisse der letzten Monate haben Ihnen nun wohl gezeigt, wohin es führt, wenn in den Gewerkschaften der Massenstreik als in der ganzen Welt auch zugleich die antiparlamentarischen. Lob und Dankbarkeit hätte deshalb der Gewerkschaftskongress für seine Stellungnahme gerade von der Partei und Parteipresse ernten sollen; das hätte der Partei heilige und schädliche Auseinandersetzungen erspart. Was soll sich denn ergeben aus diesen ganzen Überlegungen in Bezug auf die Möglichkeit des Massenstreiks? Sie zwingen uns, trotz unseres Widerstrebens zu diskutieren, d. h. zu erörtern, ob das Mittel anwendbar ist oder nicht. Und damit zwingen Sie uns, unsere eigene Schwäche klarzulegen. Jetzt haben wir aller Welt gezeigt, wie schlecht wir in der gegenwärtigen Situation in der Lage sind, dieses Kampfmittel anzuwenden. Ist das uns, ist das der Partei dienlich? Das verdanken Sie aber der Diskussion über den politischen Massenstreik. (Bebel: Bewegung.) Aber trotzdem hat man uns einen Vorwurf daraus gemacht, daß wir keine Diskussion nicht empfohlen haben. Nun, heute haben sich leider die Dinge so gestaltet, daß an der ganzen Sache nichts mehr zu verdienen ist. Gute Wissen nun unsere Gegner nach der Debatte über den politischen Massenstreik ganz genau, und einzuschätzen, sie wissen, daß sie in der gegenwärtigen Situation nichts zu fürchten haben. War es denn wirklich ein Verbrechen, das verhindern zu wollen? (Sehr gut! bei den Gewerkschaften) Das hätten die Leute, die dem Gewerkschaftskongress Vortragsbeiträge vorzulegen wagten, sich einmal klar machen sollen. Aber trotzdem: Auch die Jänaer Resolution hat nicht mit einer Silbe die Propagierung des Massenstreiks empfohlen. In ihrer prinzipiellen Auffassung stimmt die Kölner Resolution mit ihr und der Hamburger vollkommen überein. Nur gegen den einen Satz in der Resolution, der den politischen Massenstreik als Kampfmittel festlegte, haben wir uns gewandt. Jetzt namentlich nach der überaus vernünftigen Haltung, die der „Vorwärts“ unser Zentralorgan, in seinem letzten Artikel zum Massenstreik eingenommen hat, sind wir uns ja aber über die Anwendbarkeit des Kampfmittels ganz einig. (Beifall und Beifall.) Wir wollten aus dem Schein ver-

melden, als ob es schon in 4 Wochen losginge. (Bebel: Hat ja niemand gesagt!) Ach, wenn Sie die „Lübecker Volkszeitung“ nach Jäna lasen, sah es wirklich so aus. (Bebel: Spruch) Täuscht Euch doch nicht selber! Ich will nicht zitteren, das hat keinen Zweck und man kann ja immer zitteren, wie man will. Aber wir haben doch auch Verständnis und die Empfindung, als ob es sofort losgehen sollte. Aber heute ist ja alles erklärt, heute brauchen wir eine Änderung der Jänaer Resolution nicht mehr zu beantragen, heute wäre die Streichung des bewussten Satzes — der den Anarchosozialisten zu Liebe den Massenstreik als Kampfmittel festlegt — ganz überflüssig. Etwas anderes muß geschehen: es muß hier auf dem Parteitag zum Ausdruck kommen, daß eine Eingetheiltheit in der Auffassung dieses Kampfmittels besteht. Am liebsten hätten wir diese Diskussion vermeiden wollen, unsere Schwäche vor aller Welt zu dokumentieren. Nachdem aber von anderer Seite ohne unser Zutun genüsslich vor aller Welt ausgejagt worden ist, wie schwach wir sind, hatten wir keine Veranlassung zu schweigen. Ich glaube, daß Sie die Resolution Bebel mit seinem Amendement annehmen können, und ich hoffe, daß auch Bebel und der Parteivorstand, die seine Resolution vorbereitet haben, dafür stimmen können. Parteilgenossen, wir sind doch zugleich Sozialdemokraten und Gewerkschafter. Wie sollten wir uns da teilen können. Ich bin doch nur ein Mensch, mit einem Gehirn und einem Mund, allerdings mit zwei Ohren, welche hören, was man von beiden Seiten in sie hineinspricht, wenn auch von beiden Seiten losgehauen wird. Innerliche Differenzen bestehen nicht zwischen Partei und Gewerkschaften. Wir sind uns alle einig, daß im gegebenen Moment alle Mittel angewendet werden müssen. Die Konferenz hat ja auch keinen Zweifel gelassen: kommt der Massenstreik zur Anwendung, dann müssen die Gewerkschaften an der vordersten Stelle stehen. Wir stimmen also in der Auffassung über die Anwendbarkeit dieses Kampfmittels überein. Handelt es sich um die Verteilung der heiligsten Rechte des Proletariats, dann sind wir eins und dann werden wir auch mit Hilfe unserer Geschlossenheit zum Ziele gelangen. (Beifall und Beifall.)

Vor Eintritt der Mittagspause teilt Singer das Urteil im Deslauer Renwaltprozeß mit, daß vom Parteitag mit lauten Pfuirufen aufgerommen wird.

Weiter teilt Singer mit, daß er um verschiedenen Wünschen Rechnung zu tragen, die Mittagspause bis halb 3 Uhr, um eine halbe Stunde verlängere, damit den Delegierten Gelegenheit geboten werde, sich über ihre Stellungnahme zu besprechen.

Mannheim, den 26. September.

Dritter Verhandlungstag. (Mittwoch.)

Nachmittagsitzung.

Auch heute nachmittag sind die Galerien des Saales von Hunderten von Zuhörern dicht besetzt. Zur Verhandlung über den politischen Massenstreik ist als Gast auch seine bekannte theoretische Referent, die holländische Parteigenossin Henriette Roland Holst eingetreten. Der Parteitag tritt in seine Tagesordnung, die

Die Debatte über den politischen Streit

ein. Zunächst aber erhält der erste Berichterstatter

Hg. Bebel zu einer Erklärung des Wort: Die Resolution, die meinen Namen trägt, ist das gemeinsame Werk von Parteivorstand und Kontrollkommission. Während der Mittagspause sind diese nun nach Kenntnisnahme der gestellten Anträge zu einer Sitzung zusammengetreten. Ich bin nun beauftragt, folgende Erklärung abzugeben, daß die Antragsteller das Amendement Legien in folgender Form annehmen: „Zu welchem die Resolution des Kölner Gewerkschaftskongresses in Widerspruch steht“. Ebenso sind sie einverstanden mit dem 1. Absatz des Amendements Kaufsch, daß die Gewerkschaften stehen am Wichtigkeit hinter der sozialdemokratischen Partei nicht zurück zu sagen: „nicht minder notwendig als die sozialdemokratische Partei“. Sie halten das für eine formale Verbesserung. Den 2. Antrag Kaufsch lehnen wir ab. Die Begründung dafür kann ich leider nicht jetzt, sondern erst im Schlußwort geben.

Es wird die Diskussion eröffnet. Erster Redner ist der Reichstagsabgeordnete

Fritz Hebel: Berlin: Wenn der Einfluß der Berliner Organisation so groß gewesen sei, den Parteivorstand zur Veröffentlichung des Protokolls zu veranlassen, so werde die Mehrheit der Partei in diesem Falle den Einfluß der Berliner begrüßen. Innerhalb der Parteilbewegung Berlins könne niemand ein Amt ausüben, der nicht gewerkschaftlich organisiert sei. (Sehr richtig!) Würde umgekehrt derselbe Einfluß in den Gewerkschaften ausgeübt werden, dann hätten wir weniger Klagen zu führen über den Stand der politischen Organisation. (Sehr richtig!) Haben wir doch in Berlin einen hervorragenden Führer des Buchdruckerverbandes, der es bisher unter seiner Würde gehalten hat, einer politischen Organisation anzugehören. (Hört! Hört!) Dem Namen will ich nicht nennen. (Auf: Fische, nenne ihn doch!) Dem Widerstand gegen die Veröffentlichung des Protokolls kann man begegnen, wenn man liebt, in welcher höflichen Weise von dem Gewerkschaftsführer Paul Müller Hamburg auf die „Parteilgenossen 2. Klasse“ herabgesehen worden ist, wie er von den „Krauhlern und Bauern“ spricht. Vielleicht ist diesen die Scham die ins Gesicht gestiegen, als sie das lasen. (Hört! Sehr richtig! und Sachgen.) Aus dem Protokoll ersehen wir auch, daß Bövelburg über die Demonstrationen am 21. Januar seine Stöße gerissen hat. (Bebel und Unterredungen) Ja, das ist im Protokoll angegeben. (Grüße: Welche Protestbewegung? Bövelburg: Lesen Sie doch richtig! Und sage.) Er, hier steht doch im Protokoll klar und deutlich: Wie habe ich gelacht, als ich von diesem Protestrummel hörte! (Erneute Beifall und Unterredungen.) Die Gewerkschafter haben auf der Konferenz erklärt, daß sie sich dem Parteitagsbeschluss nicht unterordnen könnten. Aber in Köln verlangen sie, die Partei solle sich ihren Beschlüssen unterordnen. (Bebel: von Silberschmid: Keine Ahnung!)

Nächster Redner ist der Redakteur der „Neuen Zeit“ **Karl Kautsky**. — **Freibadener:** Wenn Bebel vorher in die davor, meine Resolution zu spät erhalten zu haben, so ist das nicht meine Schuld, sondern die des Bureaus. Dann noch eine zweite Konstatierung: Bebel und der Parteivorstand haben den zweiten Teil meines Antrages abgelehnt, ohne daß er die Gründe und Motive derselben gehört hätte. Wenn man den Begriff Sozialdemokratie so auffaßt, daß sie die Verteilung des gesamten Erzeugnisses darstellt, so ist die Erneuerung der Gesellschaft unmöglich, dann sind Parlament und Gewerkschaft nur Mittel zum Zweck, und das Mittel der Gewerkschaft kann niemals so hoch gestellt werden wie der Zweck. Aus diesem Gesichtspunkt ist unser Antrag gestellt worden. Nun aber zu dem Zusatz, den der Parteivorstand ablehnt. Ich war so naiv, anzunehmen, daß wir in diesem Antrag nur Selbstverständlichkeiten sagten. (Bebel: Nicht bestritten!) Selbstverständliches lehnt man aber nicht ab. Zumal wenn, wie hier, der Zusatz eine logische Folge aus der Resolution Bebel ist. Denn diese hört auf, wo die Schwierigkeit beginnt. Was soll geschähen, wenn eine Verhandlung zwischen den Partei- und Gewerkschaftsfunktionären nicht zustande kommt? Dann kommt keine Aktion zustande; es bleibt alles beim Alten. Man läßt sich nicht leugnen, daß die Partei in dem Maße, in dem sie stärker und wichtiger geworden ist, auch schwerfälliger geworden ist. Wenn nun aber die Gewerkschaften konservativ und ruhebedürftig werden sollten und ohne sie keine Aktion möglich ist? Gerade wenn man die Gewerkschaften als gleichberechtigten Verhandlungsgegner ansieht, muß man verhindern, daß auch sie noch eine Bremse am schwerfälligen Parteiwagen werden. (Bewegung.) Die Gewerkschaften werden aber umso mehr Gewinn daraus ziehen, je mehr sie vom sozialdemokratischen Geiste erfüllt sind. (Stimme des Vorsitzenden.) Ich bin gerade so weit gekommen, meinen Standpunkt begründen zu wollen!

Prof. Singer: Ich habe die Interessen der Gesamtheit der Parteitage delegierten wahrzunehmen. Unter jenem Vorzugsrecht, das ich einem Genossen gewähre, leidet das Groß der Genossen, die nicht mehr zu Worte kommen.

Wels-Berlin (zur Geschäftsordnung): Es war bisher immer Sitte, den Antragstellern mehr Zeit zu geben. (Beifall.)

Der Parteitag beschließt, dem Genossen Kautsky noch 10 Minuten zu bewilligen.

Kautsky (fortsetzend): Die Werbekraft der Gewerkschaften beruht auf ihren Unterstützungen und ihrem Kampfscharakter. Je höher aber die Unterstützungsleistungen werden, desto enger wird der Kreis derer, die die Beiträge aufbringen können: nur eine Elite bleibt noch als Gewerkschaftsmitglieder möglich, wie in England. Überall auf den internationalen Kongressen zeigen sich die deutschen Gewerkschaftsmitglieder als die rührigsten, weit ausblickendsten, hinter denen die Engländer weit zurückbleiben. Diesen Aufschwung hat die deutsche Gewerkschaftsbewegung nur der Sozialdemokratie zu danken. Mag die freie Gewerkschaftsbewegung noch so neutral sein, die Volkswirtschaft sieht sie doch als sozialdemokratisch an. Und das ist auch sehr gut, denn daran hängt nur haben sie das Vertrauen der Massen. (Sehr wahr!) Auch die Frage der Parteidisziplin hängt damit zusammen. Die Disziplin ist das stärkste Rückgrat des proletarischen Kampfes, die beste Hilfe der Gewerkschaften selbst. (Lebhafte Zustimmung.) Auf dem Boden der Parteidisziplin müssen alle ohne Ausnahme stehen. Und eine List für die Gewerkschaftsführer kann das nur sein, wenn sie einmal versuchen wollten, ihre engensten Kerninteressen über das allgemeine Interesse der Arbeiterschaft zu stellen. Das aber muß unter allen Umständen verhindert werden. (Vielfaches Bravo!) So soll unser Zusatzantrag nicht eine Kriegserklärung an die Gewerkschaften sein, sondern die Basis schaffen für ein gesundes Zusammenarbeiten von Partei und Gewerkschaft. Unser Resolution soll die Grundlage schaffen, um gegen den großen Feinde Widerstand zu leisten, dem sie nur gegen Widerstand leisten können, dem Kapital. (Beifall.)

Reichs- und Landtagsabg. Dr. David: Ich habe selten eine Rede Bebel's gehört, der ich von Anfang bis zu Ende zustimmen konnte. In den Gewerkschaften und in der Partei hatte man den Eindruck, daß die Beschlüsse von Jena eine Sanftmütigkeit waren. Die Beschlüsse der Konferenz in Berlin waren dagegen die Chamäde. Bebel hat heute gesagt, Rußland könne für deutsche Verhältnisse nicht in Betracht gezogen werden. Hier im Saale ist gewiß niemand, der nicht wünschte, daß das russische Schandregime in den Abgrund geschleudert werde. In Jena hat man sich aber nicht damit begnügt, die Sympathie mit der russischen Revolution auszusprechen, sondern man hat daraus Schlüsse in bezug auf die deutsche Taktik gezogen. Es lag deshalb nahe, den Massenstreikbeschluss von Jena als die Einleitung dieser Taktik zu betrachten. Man begann zu sagen: die Bewegung ist an dem Punkt angelangt, wo die Evolution in Revolution umzuschlagen beginnt; steht nur auf Rußland, was befeuert ihr noch!? Im „Vorwärts“ stand ein mit K. K. gezeichneter Artikel — ich nehme an von Karl Kautsky —, in welchem es hieß: Die Lehren des Moskauer Barrikadenkampfes zwingen uns, unsere Taktik zu revidieren. Also ein revolutionärer Revisionismus! (Heiterkeit!) Kautsky meint also, daß die Zeit des alten Barrikadenkampfes mit Kanapes und dergleichen vorbei sei, daß er jetzt aber mit Stachelkraut und ähnlichen modernen Mitteln zu führen sei. Man muß schon ein großer Illusionist sein, wenn man die Wirkung der Maschinengewehre und Sprengstoffe unterschätzt. (Stimme des Vorsitzenden.) Meine zehn Minuten sind vorbei. Ich muß zum Schluss eilen, da ich nicht Laß habe, für mich eine Ausnahme auch nur zu reklamieren. Die Beweisführung Kautsky's über Zweck und Mittel ist hinlänglich. Die Sozialdemokratie ist auch nur Mittel zu demselben Ziele, das auch die Gewerkschaften verfolgen. Die Tendenz des „revolutionären Revisionismus“ ist es, den Begriff des Lohnarbeiterbegriffs zu verengen. Das wäre auch für die Gewinnung eines Massenstreiks das schädlichste. Ich führe ein Wort L. B. K. an: Auf den Lohnarbeiterstand beschränkt, wäre die Sozialdemokratie außer Stande, zu stehen; sie bedarf der Sympathie der ganzen arbeitenden Nation, all' ihrer edelsten Blüten. (Lebh. Beifall.)

Rosa Luxemburg: Die heutige Rede des Genossen Legien war ein Musterbeispiel für das Verhalten gewisser Gewerkschaftsführer gegenüber der Partei. Erst hat er eine Stunde lang die Jenaer Resolution auf's Schärfste kritisiert und die Unerbittlichkeit der Massenstreikresolution

nachgewiesen und zum Schluss gab er dann die beruhigende Erklärung ab, daß wir doch ein Herz und eine Seele sind. (Heiterk.) Als ich seinen Antrag hörte, die Kölner Resolution — die selbst die Diskussion des Massenstreiks verweist, mit der Jenaer Resolution zu verschmelzen, dachte ich mir, daß zu solcher Zumutung eine gehörige Portion Dreistigkeit gehört. Um so mehr habe ich mich gewundert, daß der Parteivorstand auf diese Zumutung eingegangen ist. — Legien hat zunächst an die Tradition appelliert. Das aber wären schöne Sozialdemokraten, die sich nicht von Illusionen und Traditionen freimachen könnten. Sind wir dafür die Partei der historischen Entwicklung? (Sehr gut!) Aber Legien hat allerdings dadurch, daß er jetzt während der russischen Revolution auf Frankreich und Italien exemplifizierte, wirklich gezeigt, daß er nichts gelernt und nichts vergessen hat. (Lebh. Widerspruch, große Unruhe.) So, Sie verstehen nichts zu lernen von der russischen Revolution! (Lachen und Unruhe.) Während und inmitten der russischen Revolution sind überall in Rußland kräftige Ansätze zu einer gesunden Gewerkschaftsbewegung gebildet worden. Legien folgt noch der alten veralteten Auffassung, daß die Gewerkschaften nur in feiblicher Entwicklung und völliger Passivität gedeihen können. Es wäre endlich seine verdammte Pflicht und Schuldigkeit, aus dem russischen Kampfe zu lernen. (Lebhafte Beifall und Rufen.) David hat uns die Maschinengewehre vorgezogen (Heiterkeit), er hat nur vergessen, daß auch sie von lebendigen Menschen geführt werden. Und wenn wir die gewinnen, dann drehen sich die Maschinengewehre um gegen die herrschenden Klassen. (Stürmischer Beifall und lautes Lachen.) Das Hauptargument Legien's ist wirklich ganz auf dem Gebiet der Unklarheit geblieben. Wir sollen unsere verborgensten Gedanken und Absichten verraten haben, indem wir das „große Geheimnis“ verraten haben, gegebenenfalls den Massenstreik zu gebrauchen. Aber seit wann werden denn große geschichtliche Volksbewegungen auf dem Wege heimlicher Pläne und Abmachungen zwischen den höchsten Instanzen hinter geschlossenen Türen eingeleitet und abgemerkt? Ich wiederhole, hinfällig ist die Auffassung, als hänge das Schicksal des Massenstreiks davon ab, was Parteivorstand und Generalkommission miteinander im stillen Kämmerchen abmachen. (Stürmischer Beifall, Lachen.) Die Rede Bebel's habe ich nicht sicher erfasst, denn ich saß auf der andern Seite des Saales und er sprach heute immer „nach rechts“. (Sturm. Heiterkeit.) Aber einen merkbaren Unterschied glaube ich doch bemerkt zu haben. Erst sagte er, wir bleiben bei der Jenaer Resolution und lassen ihr nicht ein Haar krümmen. Wenn es notwendig ist, marschieren wir, und wenn wir alle auf der Strecke bleiben. Dann aber erklärte er: Für den Fall einer Intervention in Rußland bleiben wir still und ruhig. Das kann unsere tapferen französischen Genossen in schwerer Verlegenheit setzen. Denn dort hat unser mutiger Genosse Bailant erklärt: *Plutôt l'insurrection que la guerre!* (Wieber den Aufstand als den Krieg!) Und ich glaube, auch wir müssen diese männliche Sprache führen. Wenn der Krieg kommt, ziehen wir unseren Degen nicht, sondern sagen Halt! und gegen uns kann nichts mehr geschehen. Sehr wertvoll war Bebel's letzte Erklärung: der Parteivorstand könne den Massenstreik nicht machen, sondern müsse geschoben werden. Nun, wenn der Parteivorstand seine Rolle nicht anders aufsaßt, so muß und wird er geschoben werden. (Sturm. Beifall, Widerspruch.) Ich bitte Sie, die Abmachung zwischen dem Parteivorstand und der Generalkommission, die hinter unserem Rücken getroffen worden, und den Antrag Legien in die Bebel'sche Resolution aufnimmt, einstimmig abzulehnen und den Antrag Kautsky anzunehmen. (Stürmischer Beifall, Lachen.)

Reichstagsabgeordneter Zentralarbeitssekretär Robert Schmidt, Berlin freut sich, aus den heutigen Verhandlungen konstatieren zu können, daß Gewerkschaften und Partei einander näher gebracht sind. Im Prinzip hätte man auch in Köln den Massenstreik nicht abgelehnt; nur die Nuance in der Beurteilung war eine andere. Die Gewerkschaften wollten sich auf den Massenstreik als politisches Kampfmittel festlegen. In der Auslegung des Jenaer Beschlusses hat sich tatsächlich eine Ueberschwänglichkeit in der Beurteilung dieses Kampfmittels herausgebildet gehabt. Die Bezeichnung „Revolutionärromanistik“ war nicht unangebracht. Ich betrachte es als ein gutes Omen, daß solche Auseinandersetzungen nicht mehr vorkommen werden, wie sie sich zum Schaden beider Teile in der letzten Zeit abgepielt haben.

Landtags-Abgeordneter Kolb-Parlsruhe: Wels hat mir gestern vorgeworfen, der „Vorwärts“ könne schreiben, was er wolle, ich würde ihm nie zustimmen. Das ist falsch; ich habe in Jena gegen die Resolution gestimmt und stimme heute für die Resolution Bebel. Schuld daran ist die gute Auffassung, die mir die „Vorwärts“-Artikel der letzten Wochen geboten haben. Der „Vorwärts“ hat die zwei Wörter „gegebenes Falles“ so gut erklärt, daß ich keine Spur von Massenstreikromantik mehr fürchte. Der Genosse Rosa Luxemburg nur ein Wort: Wenn die Bourgeoisie sich nicht einmal mehr auf die Maschinenkarren und Gewehre verlassen kann, dann ist die entscheidende Schlacht schon geschlagen. (Beifall.) Es stehen sich noch immer zwei Anschauungen gegenüber: Kautsky erklärt unaufhörlich, wir können um den entscheidenden Kampf nicht herum. Wenn das wahr ist, wollen wir doch die Zeit nicht mit dem Parlamentarismus vertöbeln, sondern uns auf den Endkampf vorbereiten. (Lachen.) Ich aber bin der Auffassung, daß solange die Möglichkeit einer gesetzlichen Aktion besteht, wir gar nicht daran denken dürfen, Gewalt zu gebrauchen. Wohl werden die Kämpfe der Arbeiterklasse immer härter, aber die Formen werden immer parlamentarischer. (Lachen.) Einzelne Vorkommnisse, wie Breslau, können das nicht widerlegen. Die ganze Taktik der herrschenden Klassen geht darauf hinaus, uns zu provozieren, solange wir schwach sind. Demgegenüber sind wir so einig, daß wir gar nicht mehr zu diskutieren brauchen, (Lachen), einzig darüber, den Massenstreik nur als letztes, äußerstes Mittel anzuwenden. Wir Süddeutschen haben das größte Interesse daran, daß endlich in Preußen ein vernünftiges Wahlrecht herrscht. Sonst nützt uns ein allgemeines und gleiches Wahlrecht uns gar nichts. Aber die Massenstreikpropaganda hat die Chancen der Wahlrechtsbewegung in Preußen nur verdoeben. (Lebh. teilweiser Beifall.)

Abg. Kollenbush: Legien hat vom Parteivorstand die Erklärung verlangt, daß die Veröffentlichung des Proto-

kolls ein Fehler gewesen sei. Ich lehne das ebenso ab, wie ich von ihm nicht verlange, daß er den Beschluß der Generalkommission, es nicht veröffentlicht zu lassen, als unrecht und dumm anerkenne, weil gerade die Geheimhaltung der anarchistischen Agitation Vorzug leiste. — Auch Legien's Anschauung, daß es unklug gewesen sei, das Mittel unseres Kampfes so früh zu nennen, kann ich nicht teilen. Weiß nicht jeder Unternehmer, daß Streik und Boykott die Waffen der Arbeiter sind? In die Periode der Massenstreiks kommen wir doch hinein, ob wir darüber reden oder nicht, (Sehr wahr!), und zwar viel eher von der gewerkschaftlichen, als von der politischen Seite aus! Denn wenn die Unternehmerverbände nicht gesetzlich den Haub des Koalitionsrechts erreichen, werden sie es doch durch ihre wirtschaftliche Macht versuchen. Wenn freilich die Resolution Duesselet'stina verlangt, wir sollten schon bei der nächsten Wirtschaftsbewegung den Massenstreik zur Verwirklichung bringen, so könnte das den Jutenen, die in Preußen die Herrschaft haben, nur recht sein; das hätte die Aufmerksamkeit weiter Volkstheile, deren Sympathien wir jetzt erworben haben, von der Steuerpolitik abgelenkt und den Jutenen einen noch tieferen Eingriff in die Taschen des Volkes gestattet. (Sehr wahr!)

Dittmann, Frankfurt a. M.: Legien's Hauptausführungen standen mit dem Schluss seiner Rede in Widerspruch, denn er hat den Massenstreik bekämpft. Ich bin der Meinung, der Massenstreik müsse diskutiert werden, wir müssen uns klar sein, sonst ist er nicht durchzuführen. Ich glaube, wir sind uns darüber einig, daß die schweren Konflikte noch kommen. Da aber wollen wir für das letzte Mittel gerüstet sein. Daß nun der Massenstreik in Wäde ausbrechen soll, daran hat niemand gedacht, auch die „Leipziger Volkszeitung“ nach Jena nicht. (Zustimmung.) Schuld an der Zersplitterung der Diskussion sind diesmal nicht die Moderatoren, sondern ein Teil der Gewerkschaftler. Wenn die Gewerkschaften mehr mit sozialdemokratischem Geist erfüllt sein werden, dann wird die Schärfe der Auseinandersetzungen geringer werden. (Beifall.)

Abg. Sasse: Ich hätte nichts dagegen einzuwenden, wenn Rosa Luxemburg mit in dem von ihr so verachteten Zimmerchen säße. Ich glaube, sie würde dann dieselbe Vorsicht und Besonnenheit walten lassen wie wir. Der Antrag Kautsky bedeutet, daß die Gewerkschaften sich unter allen Umständen zu fügen haben, auch wenn ihre eigenen und vitalsten Interessen auf dem Spiel stehen; er macht die Gewerkschaften zu rein politischen Beziehen und leitet sie, ihre Mitglieder und Frauen, dem Staatsanwalt aus. (Lachen und vielfacher Widerspruch.) Dann wäre es schon besser, wir hätten überhaupt nur eine Organisation, die der Partei. Zum Schluss eine Anfrage an Bebel: Er sagte, daß wir in den Massenstreik ehrenhalber treten müßten, wenn uns das volle Koalitionsrecht geraubt würde. Was aber will er tun, wenn etwa nur den Bergarbeitern und Eisenbahnern das Koalitionsrecht genommen wird? Ich hoffe, er wird nicht hinter dem christlichen „Bergknappen“ zurückbleiben wollen, der für diesen Fall den Generalstreik der Zentrumsarbeiter angekündigt hat. (Beifall.)

Dr. Duesselet, Stettin: Bebel trägt selbst einen erheblichen Teil Schuld an der Massenstreik-Wirnis. Er hätte die praktische Tragweite der unsartikelten Sätze geben sollen, eine offizielle Interpretation. Dann hätte man sich als gute Demokraten gefügt. Die politische und gewerkschaftliche Organisation war in keinem der Länder, in welchen Massenstreiks siegreich zur Ausführung gekommen sind, so fortgeschritten wie in Deutschland. Am glorreichen 21. Januar war in den Massen die Stimmung vorhanden, den Wahlrechtskampf mit den schärfsten Mitteln bis auf die Spitze zu treiben.

Fretwald, Pankow: Die von Bebel mit Recht so heftig angegriffene Resolution des Fr. J. B. Niederbarnim hat Laurenbrecher zum Verfasser und widerspricht allen Traditionen der Partei. Der Parteivorstand hätte nicht Leute, die noch vor ein paar Jahren zu den Gegnern gehörten, mit dem wichtigsten Amt eines Parteizeigers betrauen sollen. Bebel ist von der Generalkommission geschoben worden. Ich hoffe aber, daß der Parteitag sich nicht scheiden lassen, uns an dem Jenaer Beschluß festhalten wird.

Frau Sieh, Hamburg: Die Einigkeit zwischen Partei und Gewerkschaften darf nicht darauf basieren, daß man grundsätzliche Programmpunkte beiseite schiebt. (Sehr richtig!) Die Ablehnung des Antrages Kautsky wäre ein Faustschlag in das Gesicht der Partei. (Zustimmung.) Die Ablehnung würde bedeuten, daß die Sozialdemokratie Angst hat vor dem sozialdemokratischen Geist in den Gewerkschaften. Die Rede Legien's war ein Beweis dafür, daß ein Unterschied zwischen den Resolutionen von Köln und Jena besteht. (Sehr richtig!) Legien hat im ersten Teile seines Vortrages den politischen Massenstreik geradezu verhohet. Wenn er hinterher sagte, wir sind ja einig, so verstehe ich das nicht. Es ist nötig, daß der Parteitag demgegenüber volle Klarheit schafft. Das kann nur geschehen, wenn Sie die Resolution Bebel mit dem Zusatz von Kautsky annehmen. (Starker Beifall.)

Stelling, Lübeck: Der politische Massenstreik ist nicht Selbstzweck, sondern Mittel zum Zweck zur Erreichung bestimmter Ziele. Die andere Auffassung ist die anarchistische, für die leider auch von Parteiblättern Propaganda gemacht worden ist. Man darf nicht mit dem Feuer spielen. Ehe wir an den Generalstreik denken können, müssen die Massen weit mehr aufgeklärt sein. — Widerspruch muß sich der Anschauung Kolb's, daß der Klassenkampf mildere Formen annehme. Breslau ist wieder ein Beweis, daß er schärfere Formen annimmt. (Sehr richtig!) Desto mehr ist es notwendig, daß Partei und Gewerkschaft nicht nur dem Worte, sondern auch der Tat nach einig sind. Dazu haben die Ausführungen auf der Konferenz nicht beigetragen. Dort ist das einigende Moment nicht hervorgehoben. (Sehr richtig!) Ich begrüße es, wenn der Parteitag einen Weg findet, eine praktische Einigung herbeizuführen. Ob das aber möglich ist auf der Grundlage des Vorklages, den der Vorklages vorlegt, bezweifle ich. Es darf nicht bei den Gewerkschaften der Glaube Platz greifen können, als ob sie zu bestimmen hätten, sondern wir wünschen, daß beide Teile der Arbeiterbewegung das gleiche Recht haben. (Bravo!)

Dr. Quast, Frankfurt a. M.: Die Massen draußen erwarten bestimmt hier eine Annäherung beider Teile in der Frage des Massenstreiks. Dazu ist es nicht nötig, daß die

etwas hysterisch veranlagte Auffassung des Massenstreiks aufgegeben wird, daß aber auch die andere Seite nachgibt. Die sich ankahnende Einigung sollte man nicht fördern, weder durch eine gelehrte Schriftenvergleichung der Resolutionen von Köln und Jena, noch durch Ausführungen, wie die von Rosa Luxemburg über die Siebenpollitz. Es gibt keine Parrelangelogenheit, zu der wir nicht die gewerkschaftliche Förderung brauchen.

Kieserl - Berlin: Quart wird nicht den Beweis bringen können, daß von politischer Seite jemals die Förderung der Gewerkschaften vernachlässigt worden ist.

Rebakteur Stroebel vom „Vorwärts“: Man hat dem „Vorwärts“ zugebilligt, daß seine Artikel in den letzten Wochen sehr vernünftig gewesen seien. Diese Auffassung des „Vorwärts“ hat sich aber von Anfang an mit der Auffassung des Genossen Kautsky und der Genossin Molodtsoffs gedeckt. Die Vorbereitung zum Massenstreik besteht in Ausbaue der politischen und gewerkschaftlichen Organisationen. Aber diese letzteren müssen dann auch von sozialistischem Geist erfüllt sein, dessen stärkere Förderung anzuregen, die Resolution Kautsky und der Genossin Molodtsoffs bindend sein. Wenn die sozialdemokratischen Gewerkschaftsführer dafür sorgen, daß in den Gewerkschaften keine Beschlüsse so gefaßt werden, welche den sozialdemokratischen Beschlüssen zuwiderlaufen, dann werden Diskussionen vermieden werden. Es ist falsch, daß der radikale Flügel der Partei die Gewerkschaften unterschätze. Die Ablehnung der Resolution Kautsky würde bei Partei- und Gewerkschaftsmitgliedern Kopfschütteln erzeugen; denn sie ist darauf berechnet, die Einheit zwischen Partei und Gewerkschaften zu fördern. (Sehr Beifall.)

Er unow - Niedersächswende: Ich stehe bei den Ausführungen meines Mitdelegierten Freiwald an und bitte, den Antrag Begien abzulehnen.

Hoffmann - Hamburg: Was haben nicht im „Vorwärts“ Streik Gewerkschaftsredaktoren geschrieben und geschrieben, statt die Austragung dieses Streikes denen zu überlassen, die dazu berufen waren. Wenn die Jenaer Resolution mit der Kölner übereinstimmt, weshalb stimmten dann Begien und andere in Jena dagegen? Das muß er noch aufklären. David hat wieder einmal die Gefährlichkeit unserer Mittel betont. Gewiß bewegen wir uns im Rahmen der bestehenden Gesetze. Aber angesichts der fortwährenden Ungesetzlichkeit der Machthaber ist es unangebracht, unsere erste immer die Gefährlichkeit der Mittel zu betonen. (Sehr wahr!) Wenn wir mit unserer parlamentarischen Tätigkeit so weit sein werden, die Mehrheit zu erhalten, wird auch das Zentrum bereit sein, uns das Wahlrecht und das Koalitionsrecht zu rauben. Im Namen aller Delegierten von Hamburg, Wtoma, Ottenjen, Mel usw. - bis auf einen - habe ich zu erklären, daß uns die Resolution Nebel wertlos ist ohne den Zusatz Kautsky's.

Ge w e h r - Elbersfeld verweist nicht den Widerstand gegen die Veröffentlichung des Protokolls. Er verleihe nicht, wie die Gewerkschaftler immer wieder über Zurücksetzung der Gewerkschaften klagen können. Wir müssen uns mehr mit der Theorie befassen, denn gerade das Irlichsteren führt in den Sumpf. Mit der Resolution Kautsky dienen wir gerade den Gewerkschaften. Der Redner erwartet, daß es gelingen werde, über kurz oder lang die christlichen Gewerkschaften in's sozialdemokratische Lager herüberzuführen.

W e l s - Berlin: Die Erklärung: für uns sind die Beschlüsse des Gewerkschaftskongresses allein bindend, habe große Beunruhigung erweckt. Wie ein kalter Wasserstrahl habe ein Ausdruck Hues gewirkt: Wohin die Neutralität der Gewerkschaften führt, muß dem Gewerkschaftsführer gleichgültig sein. (Widerspruch Hues.) Derartige Äußerungen müssen Mißtrauen erwecken. Im Interesse der Selbsterkaltung der Partei müssen wir die Resolution Kautsky annehmen. Um aber eine Einheitlichkeit herbeizuführen, würden wir schließlich den Zusatz Begien auch mitverschlucken. (Beifall.)

Reichstagsabg. Dr. Graubauer - Dresden hat bei den Aktionen der Partei bisher die Schlagfertigkeit vermisst. Kautsky hat die beste Absicht, aber seine Resolution bildet den Bankrott, der in die Verständlichungsverhandlungen hineingeschleudert worden ist. (Sehr wahr!) Sie wird immer von neuem zu Streitigkeiten Anlaß geben. Nebel ist heute egoistisch desensitiv gewesen, wie er in Jena aggressiv war. Damals schilberte er uns die Schmach in Bremen, Deutschland in den glühendsten Farben als unerträglich und rief unsern flammenden Protest auf, heute hat er uns alle Schwierigkeiten vorgemacht, zum Teil in dem Tone, den er damals selbst geißelte. Die Erfolglosigkeit der Aktionen des letzten Jahres ist darauf zurückzuführen, daß man von einem Superlativ in's andere schwanke, bald himmelhoch jauchzend, bald zu Tode betäubt. Befehl war es, die Wahlrechtsbewegung mit dem 21. Januar und 18. März in Verbindung zu bringen. Dadurch mußte den Massen der Revolutionstag symbolisch erscheinen. Jetzt erklärt man, daß Niemand derartiges beabsichtigt habe. Wels's Erklärung wegen der Petition an das Herrenhaus hat mich wenig beindruckt. Gewiß hat man ähnliches schon früher getan, aber in dem Augenblick, in dem man die russische Revolution verherrlicht, petitioniert man nicht an das preussische Herrenhaus. Das sind alles momentane Wankungen, die nicht genügend gezügelt. Der Auffassung, daß mit der Wahlrechtsbewegung und mit der Propagierung des Massenstreiks der Beginn der Revolution sei, muß ein Niesel vorgezogen werden. (Beifall, Weisfall.)

D u n k e r - Leipzig: Die Ausführung Nebels über unser Verhalten bei einer Intervention können keinen Beifall finden. Auch ich halte die Intervention für unwahrscheinlich; wenn aber dieses große Ereignis eintritt, muß es auch ein großes Geschick finden. Von preussisch-deutscher Seite wird den russischen Freiheitskämpfern nicht in den Rücken gefallen werden. Ein entschiedenes Wort von Nebel würde viel gelten. Die Massenstreikbewegung in Sachsen war ganz ausgezeichnet. In Dresden und Leipzig haben die Zeitungen und Genossen allesamt eine Steigerung des Wahlrechtskampfes erwartet. In weiten Kreisen lebte der Gedanke, wenigstens in einem Demonstrationstreik der sächsischen Regierung ihre Gefinnung zu zeigen. Und auch das scheint mir unter Umständen ganz wirksam. Ich stimme für den Zusatz Kautsky. Zwar sollte man so etwas tun und nicht sagen, aber da viele es nicht tun, so müssen wir es einmal sagen. (Beifälliger Beifall.)

K e p m a n n - Berlin sucht Begien nachzuweisen, daß die Berliner Organisation an der Veröffentlichung des Protokolls

ganz unbeteiligt sei. Alle Berliner Mitglieder des Zentralvorstandes gehörten den gewerkschaftlichen Zentralverbänden an. Von unserer sozialistisch-anarcho-sozialistischen Schieberschilde ist das Mitglied der Generalkommission Sassenbach zum Stadtverordneten, das Mitglied der Generalkommission Robert Schmidt zum Reichstagsabgeordneten gewählt worden. Wer sagt, wir Berliner ständen den Zentralverbänden nicht freundlich gegenüber, behauptet eine Unwahrheit.

Die weitere Debatte wird auf Donnerstag 8 1/2 Uhr vertagt.

Schluß der Sitzung 6.25 Uhr.

Gegen die „Anarcho-Sozialisten“ liegen dem Parteitag diese beiden Resolutionen vor:

1.
Der Parteitag beschließt: In den in der Fe. Vereinigungen deutscher Gewerkschaften verbundenen Organisationen treten beharrlicher Weise immer bewußter Tendenzen hervor, die diese Organisationen in den Dienst der anarcho-sozialistischen, die deutsche Sozialdemokratie geistlich bekämpfenden und schmähenden Bewegung stellen, ja die eine anarcho-sozialistische Agitation gegen die Partei fördern wollen. Und da durch dieses Treiben auch die Ausbreitung der gewerkschaftlichen Organisationen aufs schwerste geschädigt wird, erklärt der Parteitag:

„Die anarcho-sozialistischen Bestrebungen, wie sie in den lokalorganisierten Gewerkschaften sich geltend machen, sind unvereinbar mit den Zielen und Interessen der Sozialdemokratie. Die Parteipresse hat daher die Pflicht, die anarcho-sozialistische Bewegung auf das Entschiedenste zu bekämpfen und die Parteigenossen haben die Aufgabe, Personen, die für diese anarcho-sozialistischen Bestrebungen eintreten und für sie agitieren, soweit diese Personen Parteigenossen sind, aus ihren Reihen auszuschließen. Diejenigen Parteigenossen, die in den lokalen Gewerkschaften organisiert sind, ersucht die Parteileitung, in Uebereinstimmung mit der Resolution des Lübecker Parteitags, sich den zentralorganisierten Gewerkschaften anzuschließen.“

Partei Vorstand und Kontrollkommission.

Unter Zurückziehung der Resolution 147 beantragen die Unterzeichneten folgende

Resolution.
Wohl die unter gewerkschaftlicher Firma auftretenden politischen Zwitterorganisationen, genannt „Freie Vereinigung deutscher Gewerkschaften“, sich immer bewußter in den Dienst anarcho-sozialistischer Propaganda und Ziele gestellt haben,

weil ferner diese Organisationen entgegen den Beschlüssen der Parteitage der sozialdemokratischen Partei Deutschlands, welche der Arbeiterschaft die gewerkschaftliche Organisation in Zentralverbänden empfehlen, die gewerkschaftlichen Zentralverbände fortgesetzt in der gefährlichsten Weise bekämpfen,

weil ferner diese Organisationen im offenen Gegensatz zu den Beschlüssen sozialdemokratischer Kongresse den anarcho-sozialistischen Generalstreik propagieren und überdies durch eine besondere Aenderung ihres Organisationsprogramms die anarcho-sozialistische Agitation direkt gefördert haben,

und weil die Vorstände dieser „Freien Vereinigung“ interne Beratungen zwischen Parteivorstand und Generalkommission über das Verhalten bei politischen Massenstreiks - die schon aus Gründen der Parteistrategie geheim bleiben mußten - in der „Einigkeit“ veröffentlicht und dadurch die Partei zum Gegenstand allgemeiner Angriffe gemacht haben, wiederholt der Parteitag die Resolution des Lübecker Parteitags:

Der Kampf der Arbeiterklasse auf politischem und wirtschaftlichem Gebiete erfordert einheitliche Zusammenfassung aller Kräfte in den betreffenden Organisationen. Er hat zur Grundbedingung die Ausübung strenger Disziplin in der Aktion, die Respektierung der Beschlüsse der Mehrheit durch die Minderheit gemäß den Grundsätzen der Demokratie.

Wer der Partei oder seiner Verfassorganisation in einem von ihnen geführten Kampf durch Taten entgegenwirkt; oder Sonderbündnisse zur Führung solcher Gegenagitation betreibt, verstoßt wider das vorentwickelte Lebensprinzip der Arbeiterbewegung. Es sind daher die örtlichen Organisationen der Partei berechtigt, solche Mitglieder so lange aus ihrer Mitte auszuschließen, als sie in diesem Verhalten verharren.

und erklärt:
daß diese anarcho-sozialistischen Vereinigungen keinerlei Geweinschaft mit der modernen Arbeiterbewegung haben, und daß jede Mitarbeit von Parteigenossen in diesen Vereinen, Versammlungen und Besprechungen unvereinbar mit der Förderung der Partei ist. Den anarcho-sozialistischen „Freien Vereinigungen“ ist die Parteipresse zu verschließen, und es sind die Redaktionen zu verpflichten, der anarcho-sozialistischen Propaganda und Organisation mit aller Entschiedenheit entgegenzutreten.

Die Antragsteller:
A. v. Ein; Th. Bömelburg; Jul. Koch; Wilh. Jochsch; Eugen Rücker; A. Körsten; S. Effinger; Kallental; Fr. Fischer; C. Winkelmann; August Wed; Hens; Heinrich May; F. Bellin; Sibow; S. Gasse; D. Hue; W. Müller; Limberg; Paul Nunn; Müller; Hoch; G. Reichel; Sebering; E. Hoffmann; J. Aozuel; Dr. Alberty; R. Porter; Wolf Braun; J. Simon; A. Brandes; Paul Müller; J. Bohn; J. Bohns.

Richtigstellung. Durch ein bedauerliches Versehen ist in der gestern abgedruckten Rede Singers zum internationalen Arbeiterkongress (Hauptblatt, 2. Seite, Spalte 2) gefaßt worden: In . . . daß der Kongress nicht erfolgreich arbeiten kann. Es muß selbstverständlich recht erfolgreich heißen. Red.

Aus Kob und Fern.

Zu Tode gemartert. Das Martyrium eines Kindes wurde in einer Verhandlung entrollt, mit welcher am Montag eine neue Tagung des Schwurgerichts in Berlin begann. Auf der Anklagebank saßen der 36jährige Tischler

Johann Römer und dessen 40jährige Ehefrau Emma, geb. Böhm, beide in Schmargendorf wohnhaft. Der Ehemann sitzt seit sechs Monaten in Untersuchungshaft. Beide Eheleute, die aus einem kleinen Ort in der Nähe von Stallupönen stammten, sind beschuldigt, ihren vierjährigen Sohn Bruno zu Tode mißhandelt zu haben. Der Vorfall führt Landgerichtsrat Hellwig. Es sind eine Anzahl medizinischer Sachverständiger geladen. Die Ehe hat acht Kinder ergeben, von denen jetzt noch vier am Leben sind. Der Knabe Bruno war 1901 geboren und ist im Alter von drei Jahren verstorben; es wird behauptet, daß die fortgesetzten Mißhandlungen des Kindes, dessen Gesicht und Gliedmaßen vielfach von den Nachbarn gesehen worden sind, den Tod verursacht haben. Wie der Angeklagte im allgemeinen zugibt, sind dem Knabe oft des Nachts die Hände auf der Brust zusammengebunden worden, der Knabe hat es mit einem Gummischlauch gefesselt, ohne zu achtern, wofür er straf, der Knabe ist auch öfter am Bett festgebunden und mit einem fingerbreiten Stod gehauen worden. An einem kalten Wintertage ist der Junge in eine Wanne mit kaltem Wasser, wie es eben aus der Wasserleitung kam, gesetzt worden, und der Angeklagte hat ihn dann mit einer scharfen Scheurerbüchse abgeschneuert. Eines Tages hat der Knabe einen Salzkringel zu essen bekommen, damit er durstig werden sollte, und dann nichts zu trinken bekommen. Als er trotzdem noch keinen Durst zeigte, hat er noch einen halben Hering verzehren müssen. Einige Tage vor dem Tode ist der Angeklagte mit dem Knaben und einem andern Sohne tief in den Brunwald in eine Nichtenhöhle gegangen und hat ihn dort mit kurzen Unterbrechungen etwa eine Stunde lang mit einem Gummischlauch auf das entblößte Gesicht gefesselt. Bei dieser Prozedur soll der andere Knabe Wache gehalten und der Vater die Absicht geäußert haben, den kleinen Bruno mit in den Wald zu führen und ihn dann seinem Schicksal zu überlassen. Am Tage darauf traten bei dem Knaben Krämpfe auf, der Angeklagte schlug ihn trotzdem mit dem Gummischlauch. Vier Tage lang lag der Knabe über Kopfschmerzen und ist dann gestorben, nachdem er am Tage vor seinem Tode noch einmal mit dem Gummischlauch gefesselt worden war. Der Angeklagte gibt zu, sein elterliches Züchtungsrecht überschritten zu haben, behauptet aber, daß der Knabe eine sehr böse Angewohnheit hatte, sich außerdem aus Miederträchtigkeit vielfach elchhaft beschmutzte und sehr eigenartig war. Die Frau bestätigt diese Behauptungen ihres Ehemannes und bestreitet, ihrerseits das Züchtungsrecht überschritten zu haben. Die medizinischen Sachverständigen erklärten, daß an dem Körper des Knaben schwere Verletzungen festgestellt wurden, die ihm mit einem stumpfen Werkzeuge beigebracht sein müssen. Die Todesursache ist ein Bluterguß in die Schädelhöhle gewesen und dieser ist wieder auf einen Gewaltakt zurückzuführen. Auf Grund der Ergebnisse der Beweisaufnahme und in Gemäßheit des Spruchs der Geschworenen verurteilte der Gerichtshof unter Zustimmung mildernder Umstände (!) dem Angeklagten Römer zu 2 Jahren Gefängnis (4 Monate als verhängt angerechnet), die Ehefrau zu neun Monaten Gefängnis.

Vom militärischen Posten berichtet man der „Müsch. Post“: Wie auch die Militärbehörden ihre Aufgabe in über Paragrafenreiterei erbliden und dadurch sogar die bravsten Staatsbürger zum „Schwerverbrecher“ stempeln, zeigt folgender Fall. Einen Wohnungszug meldete ich mit diesen Zellen an: „Maj. Beitzkommando 2 Ich teile mit, daß ich nach . . . Kräfte verzogen bin. Hochachtungsvoll M. A.“ Anderen Tages kam vom Kommando die kategorische Befehlung: „Rannschaffen des Beurlaubtenstandes teilen nicht mit, sondern haben nur zu melden. (Siehe Seite XII bis XV d. Off. Ref. Pass.) Hauptmeldeamt 2.“ - Also nicht „mitgeteilt“, sondern nur „gemeldet“ wird der Wohnungswechsel. So verlangt es der militärische Post.

Ein ländliches Sittenbild. Ein 19 Jahre alter Bauernsohn von Hebrachhofen, Ost Wangel, welcher seine beiden 16. und 17. jährigen Schwestern versührt und beide gleichwärtig erbt, erhielt eine Gefängnisstrafe von 30 Tagen. Die mitangeklagten Mädchen wurden freigesprochen, da das Gericht in Ravensburg davon ausging, daß ihnen bei ihrer mangelhaften geistigen Entwicklung die zur Erkenntnis der Strafbarkeit ihrer Handlung erforderliche Einsicht gefehlt habe.

Dankbare Bürgerstöchter. In Nr. 213 des „Niederl. Anzeigers“ stehen folgende Zeilen veröffentlicht: „Nachruf: Dem lieben Soldaten, die uns wahr:nd unlerer Einquartierung in unserem Orte einige so glückselige Stunden bereitet haben (!). rufen wir ein herzliches „Gehwohl“ und „Auf Wiedersehen“ nach! 17 Sonnawalden Bürgerstöchter.“ Wodurch haben sich die „lieben Soldaten“ solchen Dank verdient?

Das Denkmal eines Hundes. Ein schöner granitener Brunnen, der von der Bronzestatue eines Terriers gebildet wird, ist von der englischen Anti-Bivisektiongesellschaft in einem Vorort Londons aufgestellt worden. Der Stein trägt die folgende Inschrift: „Zur Erinnerung an den braunen Terrier, der in den Laboratorien der Londoner Universität im Februar 1903 dem Tode überliefert wurde, nachdem er eine sich über mehr als zwei Monate erstreckende Bivisektion ausgehalten hatte und von einem Bivisektor dem andern in die Hände geliefert worden war, bis der Tod ihn erlöste. Ebenso zur Erinnerung an die 232 Hunde, die an demselben Ort während des Jahres 1902 der Bivisektion anheimfielen. Männer und Frauen Englands! wie lange soll solches noch vorkommen!“

Literarisches.

Von der „Neuen Zeit“ (Stuttgart, Paul Singer) ist soeben das 52. Heft des 24. Jahrgangs erschienen. Aus dem Inhalte des Heftes heben wir hervor: Vom legitimen Prinzip. - Grundsätze und Pläne. Von Friedrich Stampfer. - Mein Verrat an der russischen Revolution. Von Karl Kautsky. - Der Kampf um das Gewerkschaftsrecht in England. Von Th. Kolshorn. - Von der deutsch-österreichischen Parteipresse. Von Richard Bernstein (Gablony a. N.). - Die Internationale über die Gewerkschaften. Von K. K. - Mitteilungen des Internationalen Sozialistischen Bureau zu Brüssel. - Literarisches Rundschau: Dr. Robert Willbrandt, Die Frauenarbeit ein Problem des Kapitalismus. Von Theresie Schöfänger. Effein. Heinebriefe. Von Hermann Wendel. - Notizen: Der Bericht der Brauerei und Mälzerei. Gewerkschaften. Von E. G.

Kredit Möbel

für jedermann

Spiegel, Uhren, Bilder, Anzüge, Paletots, Dam.-Jacketts, Mäntel, Kost.-Röcke, Kleiderstoffe, Kinderwagen

ohne Anzahlung
an alte Kunden, die ihr Konto beglichen haben.

H. Kesten
untere Johannisstr. 70. I.
Von Freitagabend 6 Uhr bis Sonnabendabend 6 Uhr
Feiertags halber geschlossen.

Grüne Marken
gebe nach wie vor
aus sämtliche Kolonialwaren
zu billigsten Tagespreisen,
sowie auf Brot der Lübecker Gen.-Bäckeri.

Emil Timmann
Langer Lohberg 20.

Fr. Voss, Glaser,
wohnt jetzt Wahnstraße 90.

Beständig große Auswahl
in Ferkel. Lieferung eventl.
frei Lübeck.
Hof Niendorf in Lübsch.
(80 Zucktauen.)

Betten, Bettfedern
u. a. **Betten-Artikel**
kaufen Sie billig und reell bei

Markt **Otto Albers** Kohlm. 10.
4.

6. B. Komplette Betten von 12.50 Mk an,
Federeu pr. Pfd. von 45 Pf. bis 4 Mk.
OO Rote Lubeca-Marken. OO

Wiegels
Konservierungs - Honig - Essig
beliebtester Einmach-Essig.

la. westf.
Hartkoks
in allen Körnungen — grüsfrei —
empfiehlt billigst

Fernruf **Christian Gäde**
242. Kontor Fischergrube 4 und
Lager bei der Drehbrücke.

Achtung Bauarbeiter!

Baudelegierten-
Sitzung
am Mittwoch den 1. Oktober 1906
abends 8 1/2 Uhr
im Vereinshaus, Johannisstraße 50-52
Um zahlreiches Erscheinen der Delegierten er-
sucht

Der Vorstand.

Restaurant Marienburg

Neu eröffnet! **Neu eröffnet!**
Katharinenstraße 41, Ecke Marienstraße.
Dem verehrten Publikum zur gefl. Nachricht, dass ich unter obigem
Namen heute **Freitag, den 28. September,** ein

neues Restaurant

eröffne und alles aufbieten werde, die mich beehrenden Gäste zufrieden zu
stellen. Herrliche Aussicht nach der Stadtseite. Klubzimmer.
Hochachtungsvoll

Friedrich Lange,
früherer langjähriger Pächter des Gasthofs „Drei Kronen“, Fackenburg

Billiges Umzug-Angebot

Gardinenkasten, 45, 55, 65 Pf. bis Mk. 1.80	Besen mit Stiel . . . von 48 Pf. an
Gardinen-Mosetten, Paar 20, 25, 6. 90 Pf.	Sandfeger, 40, 50, 65 Pf. bis 1.10 Mk.
Kleiderhalter, 30, 50, 85, Pf. 1.— b. 1.35 Mk.	Tischlampen, 1.65, 2.—, 2.25 bis 10.— Mk.
Paneelen, 60, Pf. 1. , 1.35 b. 10.50 Mk.	Küchenlampen, 30, 40, 50, 70 Pf. b. 1.— Mk.
Bilder, 50 Pf. 1.—, 1.25, 2.— b. 8.— Mk.	Fußmatten, 25, 35, 50, 85 Pf. b. 1.20 Mk.
Waschgarnitur, enorm billig 1.90, 2.65, 3.— 4.50, b. 15.— Mk.	Waschbänder, sehr stark 1.—, 1.35, 1.85, 2.85, 4.50 Mk.

Riesen-Bazar.

Breitestrasse 33. **Pietro Cagna.** Breitestrasse 33.

Zum Umzug auf Kredit

Möbel	Mk. 98	Anzahlung 8 Mk.
„	Mk. 198	„ 18 Mk.
„	Mk. 290	„ 28 Mk.

Ohne Anzahlung
erhalten alte Kunden

Herren- und Damen-
Garderoben, wie Damen-Jacketts, Blusen, Röcke.
Herren- und Damen-Wäsche
in großer Auswahl.

Gardinen, Teppiche, Portièren.
1 Mark Abzahlung
pro Woche

S. Sachs

41 Huxstrasse 41.

Von Freitag abend 6 Uhr bis Sonnabend 6 Uhr
hoher Festtage halber geschlossen.

Ein grosser Posten Tilsiter Bruchkäse
sehr fett und schön. Pfund nur 40 Pfg.
Eduard Speck, Huxstraße 80.

Gebe Rote Rabatt-Marken.

Regenschirme, Fr-tout-Cas, Szazierstöcke.

Filz-Hüte, Zylinder und Mützen.

in größter Auswahl zu billigsten Preisen.

H. Stoppelman, Schirmfabrik u. Hutbazar,
Königstraße 73, Eingang Huxstraße.

Sind Sie noch nicht durch meine neu eingerichteten Geschäfts-
Lokalitäten

Durchgegangen? Ohne Kosten!

kürzen Sie Ihren Weg von
Mühlenstraße 10 bis Pferdemarkt 9
und haben Gelegenheit in

Geschenkartikeln, Beleuchtungsgegenständen

für Petroleum und Gas

wie auch in sämtlichen

Haus- und Küchengeräten, Glas-, Porzellan- und Steingut

vom einfachsten, billigen Gebrauchsgegenstand bis zum modernen,
feinen Luxusartikel, in nur reellen Qualitäten, zu besichtigen.

Heinr. Rosenberg

Mühlenstraße 10 Fernsprecher 1225. Pferdemarkt 9.

Uhren, Gold- u. Silbermar.
anerkannt billig bei
Ernst Gentzen
Uhrmacher,
Königstraße 62, bei der Hühn

Konsumverein

für Lübeck und Umgegend.
G. G. m. b. H.

Vorzunehmender Inventur halber bleibt
unsere Verkaufsstelle am Sonntag, den
30. Septbr., geschlossen.

Gleichzeitig machen wir unsere werten
Mitglieder darauf aufmerksam, daß die
Umsatzmarken für das laufende Geschäfts-
jahr bis zum 10. Oktober d. J. abge-
liefert werden müssen.

Später abgelieferte Marken haben keine
Giltigkeit mehr.

Der Vorstand.

An das
konsumierende Publikum
von Lübeck und Umgeg.

Hiermit stellen wir an das Kon-
sumierende Publikum von Lübeck
und Umgegend die Bitte, nur
ringfreies Bier zu verlan-
gen. Plakate, welche hierauf Be-
zug haben, hängen in den Wirt-
schaften aus. Ringfreies Bier ist
zu bestellen bei

Th. Kruse H. Wulf
Untertrave 60. Fischergrube 24.
Rud. Griesbach H. Windel
Rathb. Allee. Regidienstraße.

Kopffleisch

Leberwurst | Stk. 10 Pf.
Brodwurst | Stk. 10 Pf.

Heinr. Viereck, Huxstraße 96.

Parteitag der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

(Originalbericht des „Lüberer Volksboten“)

Mannheim, den 26. September 1906.

Dritter Verhandlungstag (Mittwoch).

Der Saal bietet heute, da Bebel's Rede über den politischen Massenstreik zu erwarten ist, das Bild einer großen Volksversammlung. Frühe und Glatzer sind schon vor der pünktlich halb neun Uhr erfolgten Öffnung der Sitzung fast besetzt und füllen sich im Verlaufe der ersten halben Stunde immer mehr.

Zurück bei 9 Uhr eröffnet Singer die Sitzung. Er teilt einige Besatzungsmitteilungen mit. Dann wird sogleich in die Beratung über Punkt 4 der Tagesordnung:

Der politische Massenstreik

eingetreten. Die vorliegenden zahlreichen Anträge wird Singer als Amendement zur Resolution Bebel behandelt.

Als erster Wortführer erhält das Wort Reichstagsabgeordneter August Bebel. Er tritt zunächst mit, daß seine Resolution in einer Punktlösung über den Massenstreik in der nächsten Sitzung wieder über das Thema politischer Massenstreik, mit dem wir uns in Jena so eingehend beschäftigt hatten, zu sprechen gerügt sein würden. Wie es gekommen ist, dürfte Ihnen allen ja bekannt sein. Die Art, wie diese Diskussion provoziert worden ist, muß auf das Allerhöchste beurteilt werden. Sie wissen, daß eine unerbittliche Verpöschung zwischen Parteivorstand und Generalkommission in der letzten Parteivorstandssitzung im Oktober d. J. stattgefunden hatte und die Generalkommission darüber in einer Konferenz den Gewerkschaftsleiter Bericht erstattete. Es wurde darüber ein Protokoll aufgenommen, das bis jetzt, wie ich noch nachweisen werde, über die Besprechung mit dem Parteivorstand Unrichtigkeiten enthält.

durchgeführt hat, nach wenigen Monaten alles, alles preisgibt, was er vor wenigen Monaten feierlich vor der Partei und der ganzen Welt verkündet hat. Durften die Parteizustimmungen nach 46 Jahren Dienstes in der Partei mir so überaus großes Mißtrauen entgegenbringen? Durften Parteigenossen mir solche Gelüste und Niedertracht zutrauen? (Lebhafte Zustimmung.) Mich hat das ja nicht allertierlich, denn bald mußte ja die ganze Sache aus Licht kommen. Aber zunächst war der Parteivorstand in einer bösen Lage. Familien der bestialischen Angriffe war er durch den Beschluß der Geheimhaltung zum Stillhalten gezwungen. Ueberdies wuchs in den Kreisen der Parteigenossen und wohl auch bei den Gewerkschaftlern die Unzufriedenheit über die Geheimhaltung immer mehr. Die infamistischen Artikel, die Veröffentlichung herbeizuführen, waren erschöpft. In äußerster Not, von allen Seiten gedrängt, entschloß er sich zu jenem Schritt, über dessen Bedenklichkeit er sich in langen Beratungen vollkommen klar geworden war. Ich verleihe vollkommen, daß gleichwohl die Generalkommission aus äusserer Erbitterung auch Parteigenossen sieht, sich zu fragen, was sie denn an anderer Stelle getan hätten. Der Schaden, der durch längere Schwelgen angerichtet worden wäre, wäre unermesslich größer gewesen als der Schaden der Veröffentlichung. Die Besprechungen mit der Generalkommission waren so völlig unerbittlich, daß sich der Parteivorstand nicht einmal verständlich, was wir dort sagen wollten. Keinerlei Verbindungen und Abmachungen sollten getroffen werden. Ich spreche eine Stunde — meine Kollegen im Vorstand sagter, es sei nicht gewohnt (Hörst)! — und Silbermann gab es auf fünf Viertel Druckseiten wieder. Man sage ich aber in einer einstündigen Rede mehr, als sich auf fünf Viertel Seiten wiedergeben läßt. (Sehr wahr! Gelächter.) Ich setze in meiner Rede ausführlich aus, erwidere, daß im Augenblick, im 10. Jahre dieses Jahres, unter jetzigen Umständen an einen Massenstreik zu denken wäre, wie unrettbar eine glänzende Niederlage bevorstünde hätte. Ein Massenstreik in Jena ist ja etwas ganz anderes als ein Generalstreik in jedem anderen Lande der Welt. Die Gewerkschaften, die uns jetzt überleben, Röntgen, Jantertum und Jantertum, in ihrer ganzen Organisation, würden sich gegen jeden Versuch des Generalstreiks die besten und tüchtigsten Mittel anzuwenden, die wir nicht aushalten könnten. Solange wir nicht viel besser organisiert sind. Unter diesen Umständen wäre ein Versuch gewissermaßen vergeblich. Wohl gibt es im Leben der Arbeiter und Nationalen Momente, in denen, comme ça compte, der Kampf bis auf äußerste angenommen werden muß, selbst mit der sicheren Niederlage vor Augen. Aber ich leugne entschieden, daß das 10. Jahre dieses Jahres für die deutsche Sozialdemokratie ein solcher Moment des Überganges sei. (Sehr richtig!) Den Feldherrn, der ohne Not seine Armeen, den sicheren Untergang vor Augen, in die Schlacht führte, den würde man für wahrhaftig erklären und binnen 24 Stunden nach Kriegsende erschießen. Und mit Recht. Ich bin überzeugt, dieselben Genossen, die uns jetzt so bitter charakterisieren, will wir nicht vorgegangen sind, wären die ersten gewesen, aus wegen unserer Unselbstständigkeit zu tadeln, wenn wir den Massenstreik proklamiert hätten. (Lebhafte Zustimmung.) Als ich nun diese Vorgehänge den Gewerkschaftsführern auseinandersetzte, empfanden sie darüber natürlich eine lebhafteste Genugtuung, weil sie darin eine Bestätigung ihres bisherigen Standpunktes sahen. Und psychologisch erklärlich, haben sie zu weitgehende Schlüsse daraus gezogen und gemeint, wir hätten den Massenstreik im Grunde ganz aufgegeben. Das war natürlich Wasser auf die Mühlen derer, die behaupteten, den großen Worten in Jena seien gar zu

kleine Taten gefolgt. Aber ich habe nicht ein Wort gesagt, das so hätte ausgelegt werden können. Silbermann selbst hat auf der Konferenz anerkannt, daß meine Jenaer Rede vollständig aufrechterhalten hätte — wenn er mich auch unlogischerweise ein paar Selten nachher das Gegenteil sagen läßt. Ich habe erst in diesen Tagen kontrollierend meine Jenaer Rede durchforscht und mich selbst gewundert, wie korrekt ich mich damals ausgeprochen habe. Wie liegen denn die Dinge heute. Wir haben 400000 politische Organisierte. Selbst wenn sie einmütig an einem Tage die Arbeit einstellen wollten, glauben Sie, daß es eine besondere Wirkung hervorrufen würde? Nur aus der Situation aber kann die Teilnahme auch des gesamten Gewerkschaftsmittels, des ganzen Volkes, herauswachsen. Man hat nun immer und immer wieder auf das Beispiel aller der Länder hingewiesen, in denen der Generalstreik schon stattgefunden hat. Aber selbst in mitten einer höchst revolutionären Periode in Russland haben im August d. J., als die Parteileitung mit Bewußtsein die Generalstreik beschloß, die Arbeiter wegen der Ungunst der augenblicklichen Situation die Teilnahme verweigert. Und das in Russland, und mitten in der russischen Revolution! In einem Kampfe um die primitivsten Menschenrechte. Und die Zustände in Deutschland, mag man an ihnen auch noch soviel auszuheben haben, sind mit den russischen doch nicht zu vergleichen. (Sehr richtig!) Man weiß auf den Kampf unserer Bruderpartei in Oesterreich nichts allgemeine Wahlrecht hin. Aber Maurerbrecher, ein Mann, der auf dem Boden des historischen Materialismus steht, der tiefgründige historische Studien gemacht haben läßt, übertrifft bei der Pa alle, daß wir das allgemeine, gleiche Wahlrecht längst haben, und die österreichischen Genossen an das Wahlrecht überhaupt noch nicht gebadet haben. Die Generalstreik in allen anderen Ländern lassen sich aber nach Art und Ziel mit den russischen, dem wahrhaft revolutionären, gar nicht vergleichen. Dazu kommt, daß wir im Falle eines Massenstreiks um das preussische Wahlrecht auf Norddeutschland allein angewiesen wären. Ueberhaupt muß man auf keinem Gebiet, so fast und nicht zu prüfen und sich so sehr vor Illusionen hüten wie auf dem des Massenstreiks. (Lebh. Zustimmung.) Ich bin z. B. nicht der Meinung, daß ein Generalstreik blutig verlaufen muß. Vielleicht ist es an sich überhaupt nicht klug, von dieser Möglichkeit zu sprechen. Aber man kann ja doch die Wirkungen der empörenden Massen nicht voraus berechnen. Auf der anderen Seite halte ich es natürlich für einen ganz groben Irrtum, wenn Genosse David und die Weinger glauben, daß wir gegen Revolutionen auf alle Zeit gefeit seien. Revolutionen werden ja überhaupt nicht von unten gemacht, sondern sind die notwendigen Folgen einer übermächtigen Unterdrückung von oben. (Bislanges: Sehr wahr!) Ich kann nicht beweisen, daß einmal in Deutschland es zu einer Revolution kommen wird, das hängt von den Verhältnissen, den Umständen und den daraus hervorgehenden Stimmungen ab. Das sind Dinge, über die man nicht einmal philosophiert, geschweige denn auf dem Parteitag beschließen soll. Aber das muß ich doch sagen: Wenn Unterdrückung unterommen werden auf das Reichstagswahlrecht oder das schon so eingeschränkte Wahlrecht und vollkommen zu nehmen; dann kann gar nicht mehr die Frage entstehen, ob wir wollen, sondern wir müssen. (Lebhafte Zustimmung.) Die Freiheiten, die wir besitzen, die lassen wir uns nicht nehmen, da wären wir ja elende, erbärmliche Kerle. (Stürmischer langanhaltender Beifall.) Es kommen Momente, wo man nicht mehr philosophiert, nicht mehr überlegt, wo man in's Feuer gehen muß und wenn wir alleamt auf der Straße bleiben. (Stür-

Die Heiterethei.

Von Otto Ludwig.

(43. Fortsetzung.)
Wer weiß, ob ich dich noch einmal allein find,“ fährt der Friß nun fort. „Ich wollt dich nur was fragen.“
Mit einem Blide überfliegt sie die ganze Veränderung, die mit ihm vorgegangen ist.
„Wich?“ fragt sie so gleichgültig und verwundert, als sie kann.
„Ja, dich,“ entgegnete er.
„So frag. Aber mach; ich hab nicht viel Zeit.“
„Du hast bei mir aufgeräumt.“
„Aufgeräumt? Wer? Ich? Sei dir?“
„Ja, du; und bei mir. In meiner Werkstatt in den Stäbeln, da am Gräber Weg.“
Wenn doch nur ein Baum da herum Ja spräche! Die Heiterethei kann's nicht, und hänge, wer weiß, was davon ab.
„Guck doch,“ lachte sie. „Ich hab weiter nix zu tun, als daß ich jedem Schlenkerlesjörg da aufräum!“
Der Holders-Friß wird dennoch sichtlich freundlicher. „Wenn du nicht rot würd'st, wölt ich's glauben,“ sagt er schnell. „Und du wirst noch immer öter.“
„Er tät sich freun,“ denkt sie, „sagt ich Ja. Warum nur? Was hat er damit?“ Aber sie sagt: „Freilich, weil ich mich schäm, daß du so einseitig red'st. Und weil ich mich gebüdt hab. Der Vater sagt immer, ich soll überlassen. Wenn du deinen Spott haben willst, geh zu Deiner.“
Der Holders-Friß sagt, so ernst er kann: „Ich spott nicht. Ich denk eben, du schiff die Klein' sein.“ Ein kleines hübsches Schelmerei war unter dem Ernst gemischt, mit welchem er dann fortfuhr: „Ich hab gedacht, du brauchst's nicht bei Nacht zu machen; du könnt's am Tage tun.“
Die Heiterethei aber hütete dem Ernst nicht vor der Schelmerei.
„Ich hab dir nix gemacht,“ sagte sie gereizt, „und dein

Gereb' leid ich nicht. Und nun gehst du deiner Weg. Ich hab noch nichts mit einem lebigen Durich gehabt, geschweiz mit einem versprochenen; am wenigsten mit dir. Ich lächt, du weih's gut genug. Und ich hab mehr zu tun, als Maul-offen freihalten, und du läßt mich gehn; und so ist's, und nu ist's fertig!“
Der Holders-Friß schweig einen Augenblick. Dann begann er wieder: „Dorle, hörst du?“ Und als sie hartnäckig schwieg und tat, als meinte sie, er sei schon gegangen, rief er hinzu: „Na, nix für urgut. Ich hab nur wollen wissen, wie du denst.“ 's war nur gefragt, und eine Frage' ist kein Donnerstags.“ — Dennoch wartet er eine Weile. Wie er sieht, sie antwortet doch nicht, geht er weiter.
Sie lauert währenddes wieder am Bachflod und raust unbarmherzig in die Psteifste hinein, damit es scheinen soll, sie habe wirklich notwendig zu tun. Aber sie fragt sich: „Ich denk eben, du sollst die Klein' sein — was will er damit?“
Der Holders-Friß nicht ihr von drüber zu: „Daß ihn nicht fort.“ In den Bohren vor ihr flübert die Luft: „Er will dich ja, nur dich; aber weil er denkt, du willst ihn nicht, muß er ja zur Gringelwirts' Eb.“ Schon aus Stolz ja muß er das run.“ Doch sie weiß ja selber, ihr ganzes Leben geht mit ihm von ihr, aber sie kann ihn nicht aufhalten, nicht durch einen Wink, nicht durch einen Vorwand, wenn sie auch einen willste. Ja, fänd er vor ihr und fragte noch einmal, sie könnte ihn nichts merken lassen. Um so weniger, je mehr sie fühlt. Es ist, als fühite gar kein Weg mehr aus ihrer Seele in die Welt! Immer weiter außen ist die Welt, immer tiefer drin die Seele.
Auf dem Schloßweg, auf der Straße, wo der alte Diktas die Stunde zu rufen pflegt, bleibt er stehen, der Friß. Will er wieder zurück? Nein, das Gehen wird ihm schwer. Er ist ja noch krank, und daran ist sie schuld. Jetzt geht er weiter. Ruft ihn denn niemand zurück? Und doch erschrickt sie, wie sie rufen hört: „Friß!“ Das Kind ist's, das gerufen hat. Das Kind, das nicht reden kann. Und ganz deutlich hat es „Friß!“ gerufen.

Und er hat es gehört; er bleibt wieder stehen, er steht um.
Wer hat das Kind „Friß“ sagen gelehrt? Die Heiterethei selber, ohne daß sie es wußte, wenn sie vom Friß mit ihm sprach. Das wird er nun erraten. Er muß jetzt denken, si: hat's dem Kinde angelehrt, ihn zu rufen.
Und schon steht er wieder am Baum. Den rechten Arm in der Binde lehnt er in die Blätter und Blüten des Baums.
„Du hast mich gerufen, Dorle,“ sagt er matter als vorher. „Ich konnt's ohnehin nicht glauben, daß du mich wirst gehen lassen.“
„Ja?“ entgegnete si, das brennende Gesicht abwendend. „Was dir einfallt! Ich hab nicht an dich gedacht.“
„So war's das Letzte.“
„Das?“ lachte sie.
Er fragt das Kind, das er mühsam auf den linken Arm nimmt.
Sie läuft hinzu und hält dem Kinde auf seinem Arm die Hand vor den Mund. „Sei nicht so dumm,“ sagt sie hastig zu ihm. „Das Kind kann kein Wort reden.“
„Als nur Friß?“ fragt er, blässer als vorher, aber wieder mit einem Aufzuge von Schelmerei. „Das ist doch kurios.“
„Das ist nicht kurios,“ sagt sie noch hastiger. „Woll dem Nachbar sein Kaiser Friß heißt.“
„Der dort?“ fragt der Friß und lach: „Kommt, Friß; Friß kommt. Der muß anders heißen,“ fährt er fort, „oder er hat seinen Namen vergessen. Das Bergfess'n scheint überhaupt hier Mode.“
Die Heiterethei ist ganz verwirrt blutrot, zornig vor Scham. „Der Vater,“ sagt sie, „hört bloß auf seine Deu', und nicht auf jeden Narren.“
Der Friß scheint sich an ihrem Zustande zu ergötzen. Wenn auch immer bleicher und leiser redend, man sieht, er wird immer heiterer.
„Warum hältst du dem Biele den Mund zu?“ fragt er; „es will mir noch was sagen.“
(Fortsetzung folgt.)

mischer Weisheit) Wenn aber der Feind es auf eine solche Situation will antworten lassen, so mag er die Verantwortung übernehmen. Wenn man uns die primitivsten Rechte nehmen will, ohne die eine moderne Arbeiterklasse nicht zu vertreten vermag, sind wir gezwungen, los zu werden, was es zu tun ist, alles aufzugeben, um dieses Allenthalben zurückzuführen. Dann würde die gesamte Arbeiterklasse hinfällig und stehen. Ganz anders, wenn es sich erst um die Eroberung neuer Rechte handelt. Auch in Süddeutschland hat sich das Proletariat das allgemeine Wahlrecht nicht selbst erobert. Das Bürgerrecht hat es sich selbst gegeben, und daß dabei auch die Arbeiter das allgemeine Wahlrecht mitbekamen, war jenen nur eine unangenehme Beigabe. Ebenso wenig verdrücken wir das allgemeine Wahlrechtswahlrecht von 1867 der baltischen Agitation. Und um Parteitage haben wir uns ja allgütiger übersehen nicht gekümmert. Wie feige wolle das preussische Dreiklassenparlament verkaufen lassen, und ich selbst — warum soll ich nicht selbst meine Dummheiten zugeben — hielt vor 13 Jahren noch eine donnernde Philippika gegen die Beteiligung an der preussischen Landtagswahl und ließ eine gepöbelte Resolution annehmen. Das sind Tatsachen, die können wir nicht als der Welt schämen. 56 Jahre besteht in Preußen das Dreiklassenwahlrecht, über 50 Jahre war es der Arbeiterklasse gleichgültig, gefierte für sie kaum. Und da soll nur mit einem Schlage die Massenstimme erzeugt werden, welche doch für einen Massenfall eil nötig ist? Das wäre ja eine phantasische Utopie. Das heißt, einem freien Volke eine Ehrenwahlordnung zuzutrauen, welche unbenutzbar ist. Also täuschen wir uns nicht über die Sachlage! Mögen sich die Sygner über das Eingeständnis freuen, wir müssen es offen ansprechen, denn wir wollen ja keine Zukunftsutopie treiben, sondern mit den realen Tatsachen rechnen. Darum erkläre ich offen: Im gegebenen Moment sind wir nicht in der Lage, für einen Massenfall eil einzutreten. Nun hat man auf Hamburg, Sachsen, Preußen verwiesen. Man sagt, überall sei Stimmung für den Massenfall vorhanden gewesen, aber überall sei vom Parteivorstand gebremst worden. Derartige hat auch Silberstein auf der Konferenz gesagt. In Hamburg war, das haben die Verhandlungen des Parteivorstandes unzweifelhaft ergeben, keine Stimmung für den Massenfall. Dasselbe war in Sachsen der Fall. Allerdings war hier, im Gegensatz zu Hamburg, wo sich keine einzige Stimme dafür erhob, eine Minorität innerhalb der Landesvertretung für den Massenfall. Aber die Mehrheit und darunter der gesamte Landesvorstand waren dagegen. Wäre aber die Mehrheit anderer Meinung gewesen, dann hätte der Parteivorstand ja gar nicht anders können, als den Willen der Mehrheit zu erfüllen. Und Sie können dem Parteivorstand so viel Respektgefühl zutrauen, daß er alles angedient haben würde, um eine inszenierte Schlacht erfolgreich durchzuführen. Soviel Selbstliebe sollten Sie dem Parteivorstand schon zutrauen, sich läten Sie besser, den jetzigen Parteivorstand lieber heute als morgen zum Teufel zu jagen. Aber es ist auch nicht wahr, daß wir in Preußen eine kerrnswerte Neigung zum Massenfall gefunden haben. Nicht von einer Seite, nicht von einer einzigen Organisation sind an uns Anregungen heranzukommen. Von allen dem haben wir nichts gehört und gesehen. Alle Schritte, welche wir bei jener Gelegenheit taten, sind im Einverständnis mit den preussischen Vertretern und mit der preussischen Parteileitung geschehen. Nun bin ich, Parteigenosse, über eine Reihe von Presseäußerungen sehr erstaunt, weil in ihnen behauptet wird, daß ein erheblicher Teil der preussischen Genossen für den Massenfall Stimmung gehabt habe; nur dieser elende Parteivorstand war zu selbe, zu superbiell. (Heiterkeit.) So ähnlich heißt es in diesen Presseäußerungen. Da hat ja auch Genosse Stamper in seinem Artikel in der „Neuen Zeit“ geschrieben, daß es zur Einteilung nur eines Anstoßes bedürfte. Aber bedenkt man denn nicht, daß wir eine demokratische Partei sind, daß wir nicht eine hohe Staatsbegehrung mit Unwissenheit hab. Ich möchte die Parteidirektion sehen, welche sich der Stimmungen und Berührungen, wenn sie dazu brägen würden, direkt entgegen stellen könnte. Wir haben von dem Wortführer in der Massen nicht gehört. Wenn die Massen in der Versammlung Weisheit hatten, dann ist doch noch lange keine Stimmung für den Massenfall daraus zu folgern. Die Darlegungen Stamper's sind durchaus irrlässig, sie mögen aus der ehrlichen Überzeugung des Schreibers, an der ich durchaus nicht zweifle, entspringen sein, aber es fehlt ihm der Kontakt mit den Massen. Man hat uns ja auch wegen unserer Petition an das Herrenhaus und Abgeordnetenhaus den Vorwurf gemacht, daß wir dieselbe mit den üblichen Höflichkeitsschmäh, „Hochachtungsvoll“ und „unterzeichnet“ haben. Darüber entstand große Entrüstung, man machte es zu einem Kardinalpunkt. (Heiterkeit.) Meinen Sie, daß wir, wenn wir „Hochachtungsvoll, ergehen“ an das Herrenhaus schreiben, diese höflichen Gefühle wirklich haben? (Heiterkeit.) Wir haben damit nur einen reinen Höflichkeitsschmäh abgegeben. Ich bin überzeugt, daß schon der eine oder andere von einem Parteigenossen unter Höflichkeitsschmäh geschrieben hat, die mit seinen inneren Gefühlen im Widerspruch standen. (Sturm. Heiterkeit.) Was also daraus einen Schritt drehen zu wollen, ist keislich. Dann muß ich mich gegen die politische Auffassung des Genossen Krause ereckern werden. Ich mache keinen Hehl, daß ich es war, der den Artikel, Krause'scher in der Parteischule das Erschrecken der Arbeiter argwahrnehmen. Ich glaube eine gute Erwähnung für die Partei damit zu machen. Wenn ich seinen Artikel in der „Neuen Gesellschaft“ schon gekannt hätte, würde ich mir den Schritt wohl überlegt haben. Nicht deshalb, weil er zum Parteivorstand in Opposition getreten ist! Er kann schreiben, was er will, aber es muß Hand und Fuß haben. Wenn ein Arzt so geschrieben hätte, würde ich es begreifen, aber nicht von einem geistlichen Mann. Er konstatiert Krampfadern in der Aktion der Partei gegenüber unseren Worten. Er will Daten sehen. Diese Ausfährungen sind die vollkommenste Absurdität. (Sehr richtig!) Es ist nicht wahr, was der Artikel sagt, daß in der Partei ein Pessimismus herrscht. Wie kann ein Direktor von einer Partei, die in der Minorität ist, die sich im Gegensatz zum Staatsorganismus befindet, verlangen, sie müsse Erfolge haben. Ich frage mich über diese Datenluft des Genossen Krause'scher. Er ist ja erst 3 Jahre in der Partei. Das soll kein Vorwurf sein. Aber jetzt schon

sagen zu wollen, wir müßten Erfolge haben, sonst sind wir verlorer, das ist ein kindliches Verlangen, unverständlich von einem Manne, der bis an die Kehle mit Wissen vollgepfropft ist. Wie arbeiten schon ein Menschenalter in der Partei und halten die Sache noch nicht für verloren. Haben wir das Vertrauen der Massen verloren? Die Erfolge bei den Reichstags-, Bundtags- und Gemeindevahlen beweisen das Gegenteil, ebenso unsere Fortschritte in der Organisations-Partei, ebenso es beweist wiederum danach, zu brechen über von den Jenner Beschlüssen abzugeben. Man hat uns Deutschen unsere Bedachtsamkeit vorgeworfen, man hat uns mit dem ökonomischen Landturn verglichen. Aber Parteigenossen, ehe wir uns auf eine große Aufgabe einlassen, müssen wir organisieren und agieren und die Massen für den Massenfall vorbereiten. Im Namen des Parteivorstandes und der Kontrollkommission kann ich erklären, daß wir auf dem Boden stehen, daß gegebenfalls der Massenfall eine Notwendigkeit ist. Aber wir lassen uns nicht in den Massenfall hineinziehen, wir betrachten ihn als Utensilio, als ein Kampfmittel, das vor allem Kraft, Energie und Disziplin erfordert. Und das können wir im Augenblick, wo wir die nötigen Organisationen noch nicht haben, nicht leisten. Wir müssen darauf hinarbeiten und die von Jenner ausgegangenen Anregungen haben und schon manchen Schritt vorwärts gebracht. Man hat mir selbst ein Schreiben in der Frage des Massenfalls vorgelesen. Ich soll mich in Bremen gegen den Massenfall erklärt haben. Aber ich habe in Bremen gar nicht darüber gesagt und hatte acht Wochen vorher in Amsterdambam für die Holland-Hollische Massenfallresolution gestimmt. Wie stehen denn die Gewerkschaften zu diesen Fragen: Gewiß steht im Protokoll viel Unangenehmes für die Partei. Aber im ganzen sind wir uns doch viel näher gekommen, als man noch in Jenner hoffen durfte. So sagte Bömelburg auf der Konferenz: Wenn das Koalitionsrecht in Frage steht, dürfen die Gewerkschaften gar nicht erst die Parole des Massenfalls von der Partei abwarten. (Hört! Hört!) Und Politik, ein erregter Sygner des Massenfalls führte aus, daß man sich allmählich an den Gedanken gewöhne. Das ist ja sehr richtig. Aber wenn dieser Gewöhnung Schwierigkeiten gemacht werden konnten, so war es dadurch, daß einzelne Reden und Artikel im Frühjahr dieses Jahres den Einrud erwachten, als wolle die Partei mit dem Massenfall spielen. Das äußerste an Sonderbarkeit zeigt da wieder die Resolution von Barmen-Oberhörschwitz. Da werden „angelegentlich der verunglückten Wahlrechtsaktionen“ viel schärfere Mittel, Straßendemonstrationen und Massenfall verlangt. Mein Massenfall. Die Straßendemonstrationen, die schon ein Parteitag verworfen hat und die nur zu einem furchtbaren Blutbad führen würden, und die Massenfall werden in unser Waffenschaub aufzunehmen, wie jedes andere Agitationsmittel: Machen wir heute Massenfall morgen Massenfall und übermorgen wieder Massenfall und sehen wir was dann herauskommt. (Heiterkeit.) Auch die andere Resolution bitte ich abzulehnen. Genosse Dreffelstein glaubte durch eine scharfe Resolution sich gegen eine widerstrebende Mehrheit des Parteivorstandes stützen und bitten zu müssen. Aber wir im Parteivorstand sind uns vollkommen einig. Ich bitte Sie auch, die Münchener Resolution abzunehmen, die die Proklamierung des Generalfalls für den Fall vorschlägt, daß Deutschland in Aufruhr gegen die Revolution interveniere. Aber dieser Schritt ist ja unbedenkbar, unumgänglich! Gewiß stehen der Kaiser, Fürst Bismarck, alle Reaktionäre und die Bourgeoisie mit ihrem Herzen auf seiten des Garen und der russischen Regierung, und wünschen, daß es ihnen gelingen möge, die russische Revolution niederzuschlagen. Aber vom Wunsch bis zur Tat ist ein gewaltiger Schritt. Die Erfahrungen von 1792 ermahnen nicht gerade und heute hätte Preußen eine Weltkoalition nicht mit sich, sondern gegen sich. Deutschland würde mit einer Intervention in Rußland einen Weltkrieg entfesseln, von dessen unabsehbaren Folgen die entscheidenden Stellen doch zurückzuweichen dürften. Und was wäre ein solcher Schritt anders, als der anarchische Verdammungsbegriff des Weltfalls zu gunsten des Friedens im Kriegsfall. Und wer glaubt an dessen Möglichkeit, in einer Zeit höchster politischer Aufregung, die die Massen bis in die tiefsten Tiefen aufrüttelt und das ungeheure Geis eines großen Krieges vor aller Augen stellt? Eine ungeheuer kindliche Idee. Vom Moment der Kriegserklärung an stehen fünf Millionen deutscher Männer unter den Waffen und wir alle unter dem Kriegrecht. Wahrscheinlich werden ohnehin wie 1870 die Führer der Partei im Kriegsfall in Sicherheit gebracht werden. Ich fände es im Falle eines solchen Massenfalls auch unangenehm, wenn unsere Gegner Nachtlicht über uns würden. Bei uns ist eben alles anders wie bei allen anderen Völkern. Wir haben einen Staat, wie er nicht zum zweiten Male in der Welt existiert. Das mögen die oben als Schmeichelei ansetzen, aber wir müssen diese Wahrheit erkennen und danach unser Handeln einrichten. Ich bin zu Ende, ich wiederhole meine Bitte: Nehmen Sie alle Anträge ab und nur den unteren an. Es ist der einzige Weg, auf dem die Partei ihren Weg verfolgen kann. (Beifall)

proletarischen Klassenkampfes bildet, ist es unbedingt notwendig, daß die Gewerkschaften von dem Geiste der Sozialdemokratie beherrscht werden. Es ist daher Pflicht eines jeden Parteigenossen, in diesem Sinne in den Gewerkschaften zu wirken und sich bei der gewerkschaftlichen Tätigkeit wie bei jeder anderen öffentlichen Betätigung an die Beschlüsse der Parteitage gebunden zu halten. Dies ist geboten im Interesse der gewerkschaftlichen Bewegung selbst, denn die Sozialdemokratie ist die höchste und umfassendste Form der proletarischen Klassenkämpfe, und keine proletarische Organisation, keine proletarische Bewegung kann ihrer Aufgabe vollständig gerecht werden, die nicht vom Geiste der Sozialdemokratie erfüllt ist.“ (Fortsetzung in der ersten Beilage)

Waffenstreik gegen streikende Maurer.

Wegen angeblicher Verletzung und Verletzung von Arbeitswilligen war die Reichsbeschäft. B. eine höhere Justizaktion gegen die Anzahl dortiger Maurer eingeleitet worden. Ihrer Zahl waren es und außerdem eine Maurerwerkstatt, die sich am Donnerstag vor dem Reichsbauhof Schönenberg bei der erwähnten Anlage zu verantworten hatten. Wie spät bei allen solchen Anlagen, war auch hier so gut wie nichts an der Sache. Verschiedene der angeblich beteiligten und bedingten Arbeitswilligen widersprachen sich in der Verhandlung mehrfach so daß die Anklagen in sich zusammenfallen mußten. Es wurden daher fünf der Angeklagten freigesprochen, gegen die anderen fünf inoffiziellen Freiheitsstrafen verhängt von insgesamt 108 Tagen Gefängnis. Drei der Angeklagten belamen je sechs Wochen Gefängnis, bloß weil sie den einen der Arbeitswilligen angefaßt und zu ihm gesagt hatten: „Nun, alter Freund!“ Die angeklagte Ehefrau eines Maurers wurde gleichfalls der Beteiligung schuldig befunden und zu 30 Wk. Gefängnis verurteilt. Somit ist die Ehre dieser Ehrenmänner wieder hergestellt.

Bildungsbestrebungen. Der Arbeiterbildungsverein zu Frankfurt a. M. beginnt seine Tätigkeit in diesem Winter mit der Veranstaltung einer Rezitation. Frau Regina Ruben-Perlin wird das mehrfache von Auführungsverboten betroffene Revolutionsdrama „Am Vorabend“ von Leopold Kämpf vortragen. An literarischen Abenden werden veranstaltet: ein Fabian-Abend, ein Zola-Abend, ein Dostojewski-Abend und ein Bernard Shaw-Abend. Im Dezember wird ein humoristisch-satirischer Abend veranstaltet werden und im Februar soll der Stimmung dieses Monats angepaßt ein Schelmenabend die feineren Sachverständigen in Bewegung setzen. Die künstlerische Leitung hat der Bildungsausschuß seinem Mitgliede, dem Genossen S. Grumbach übertragen. Die Rezitationen sollen in diesem Jahre ausschließlich durch Künstler erfolgen. Mittelungen über die wissenschaftlichen Veranstaltungen und über die wissenschaftlichen Vorträge erfolgen demnächst.

Strafkonto der Presse. Wegen Verleibigung der Bremerer Polizei — begangen durch eine Artikel der bekannten Behauptung, die am 21. Januar zu Bromberg mehreren verhafteten Flugblattverbreitern und Verbreiterinnen widerjuge — wurde Genosse Dümmig vom „Volksblatt für Halle“ am 18. Mai zu 300 Mark Geldstrafe verurteilt. Seine Revision wurde vom Reichsgericht verworfen.

Ein neues Parteiorgan haben sich die Genossen in Nordhagen geschaffen. Die erste Nummer der „Nordhäger Volkszeitung“ — so lautet der Titel des Blattes — ist uns jedoch zugesandt worden. Die Zeitung wird in einer zu diesem Zwecke gegründeten Druckerei Genossenschaft hergestellt. Die Redaktion des politischen Teils liegt in den Händen des Genossen B. Schilbbach, während der lokale Teil vom Genossen B. Apol redigiert wird.

Einigung in Forst. In einer Versammlung des sozialdemokratischen Ortsvereins Forst am Donnerstag machte der Vorsitzende Genosse Boaz zunächst Mitteilung von dem Entschluß der Kontrollkommission, die als Berufungsinstitut in der Schiedsgerichtsfrage angerufen worden war. Das Urteil der Kontrollkommission ist einstimmig dahin gefaßt, daß an dem Schiedsgerichtsprozeß nichts geändert werden solle. — Da Anträge hierzu aus der Versammlung nicht gestellt wurden, ist der Spruch des Schiedsgerichts rechtskräftig geworden. — Dann erstattete Genosse Richter einen längeren Bericht über die Verhandlungen der Reichsgeneralversammlung in Hoff n. An ihn schloß sich eine lange und lebhafte Debatte. Zum Schluß der Diskussion wurde folgende vom Genossen Rühls vorgeschlagene Resolution mit 79 gegen 68 Stimmen angenommen: „Die Versammlung des Ortsvereins Forst hat von dem Bericht der Delegierten über die Generalversammlung in Gaffin Kenntnis genommen. Sie kann den Beschlüssen nicht billigen, daß dem Parteivorstande das Stimrecht aberkannt wurde, und bedauert, daß Genosse Para als Vorsitzender der Generalversammlung sich zu einer Aeußerung hinreissen ließ die nicht geeignet war, dem notwendigen Frieden zu dienen.“ Im Anschluß an den Bericht über diese Versammlung veröffentlichte die „Märkische Volksstimme“ folgende Erklärung: Nachdem gestern abend der Ortsverein Forst durch Annahme der Resolution Rühls einen wesentlichen Grund unseres an den Mannheimer Parteitag zu richtenden Protestes gegen die Billigung der Mandate unseres Adressen aufgehoben hat, sehen wir uns im Interesse des örtlichen Parteilebens veranlaßt, diesen Protest nicht abzugeben, und bitten die übrigen 61 Unterzeichneten, sich dieser Erklärung anzuschließen.

Im Auftrag von 17 Unterzeichneten: Karl Delor.
Sozialdemokratischer Jugendverband für Dänemark. 32 Delegierte der sozialdemokratischen Jugendvereine Dänemarks haben am Sonntag in Beile auf Jütland einen Kongress abgehalten und beschlossen, einen sozialdemokratischen Jugendverband zu gründen. Der Verband umfaßt vorläufig 14 Ortsgruppen mit 720 Mitgliedern. Als Verbandsvorsitzender wurde Zigarrenmacher Chr. Söhner, Kopenhagen, gewählt. Das Land wurde in drei Wahlkreise geteilt: Jütland, Fünen und Seeland eingeteilt. Eine Zeitschrift für die sozialdemokratische Jugendbewegung Dänemarks soll im nächsten Jahre gegründet werden.